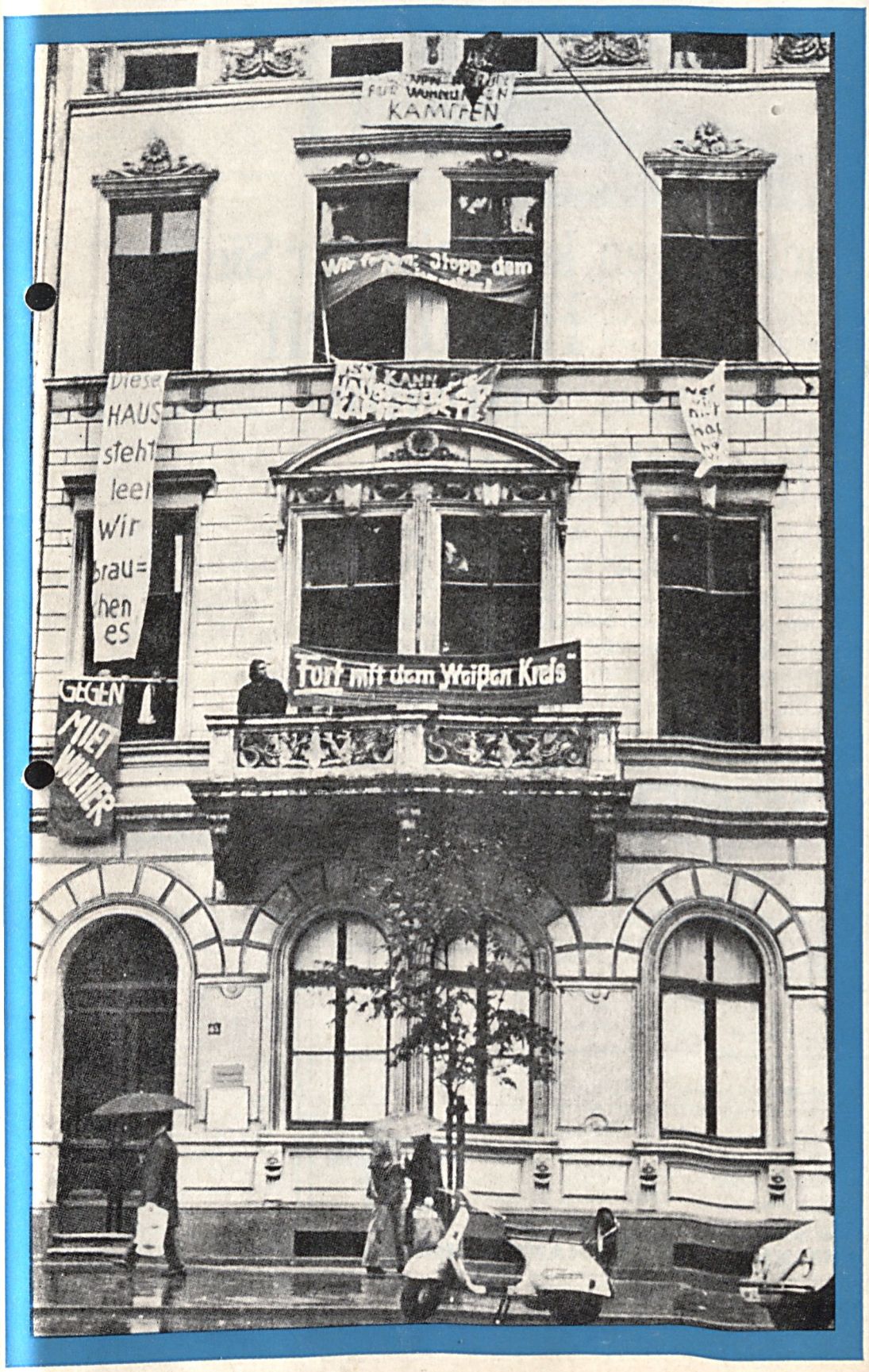
L 4001 E

djj

ZEITSCHRIFT FÜR INGENIEURSTUDENTEN

der junge ingenieur

NR. 7-9/'70 SEPTEMBER · AUFLAGE 41000 · POSTVERSANDORT BOCHUM



Aus dem Inhalt:

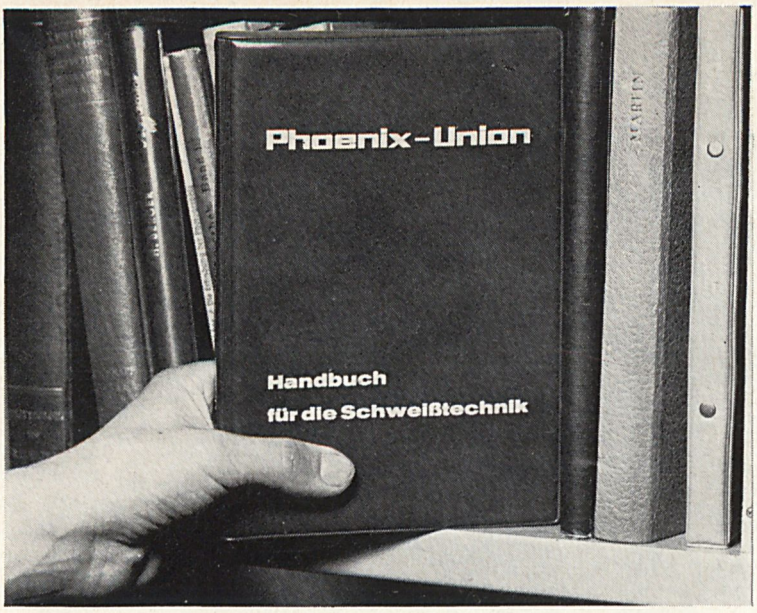
Zimmermieten

Zum deutsch-sowjetischen Vertrag

Studienförderung

Streiksolidarität

Hochschulreife für Absolventen der Ingenieurschulen in der BRD und in Berlin West



Wertvolles Fachwissen, kostenlos für Sie

Unser Beitrag zur Ausbildungsförderung: Wir versenden kostenlos tausend Exemplare unseres begehrten Fachbandes

Handbuch für die Schweißtechnik.

Dieses wertvolle Lehrbuch wird an den schweißtechnischen Nachwuchs gratis abgegeben (an Firmen und Institutionen gegen eine Schutzgebühr von DM 9,80).
Wir haben uns zu dieser Sonderaktion entschlossen, um einen Beitrag zur Förderung des Fachwissens auf möglichst breiter Basis zu leisten.
Nutzen Sie diese einmalige Gelegenheit, sichern Sie sich Ihr Exemplar durch Einsendung des anhängenden Coupons.

Phoenix-Union .. beispielhaft in Qualität und Service

COUPON

An Ihrem kostenlosen Sonderangebot bin ich interessiert. Bitte senden Sie mir ein Exemplar „Handbuch der Schweißtechnik" ohne Berechnung.

Name: _____

Anschrift: _____

THYSSEN

WESTFÄLISCHE UNION AKTIENGESELLSCHAFT 47 HAMM

dji — der junge ingenieur

Zeitschrift für Ingenieurstudenten. Herausgegeben vom Studentenverband Deutscher Ingenieurschulen e. V. Berlin / Redaktion 5600 Wuppertal-Barmen, Friedrich-Engels-Allee Nr. 164 a, Fernsprecher 44 28 48*

In diesem Heft:

Zimmermieten	2
Zum deutsch-sowjetischen Vertrag	10
Studienförderung	11
Abhängiger geht's nicht	14
Streiksolidarität	16
Hochschulreife für Absolventen der Ingenieurschulen	U 3

Redaktion: Albert P. Deistler
Wolfgang Knab
Titelfoto: Tibor Pásztory

Mit Verfassernamen gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck ist nur mit schriftlichem Einverständnis der Redaktion gestattet. Redaktionsschluß 20 Tage vor Erscheinen.

Bankverbindungen: Postscheckkonto Köln 31654; Dresdner Bank AG Wuppertal-Elberfeld Nr. 5022.

Inserenten:

ARISTO-WERKE DENNERT & PAPE KG	8/9
dahle — Büro- u. Zeichengerätefabrik	5
DEMMIG-VERLAG KG	16
KARL DIEHL	15
A. W. Faber Castell	U 4
R. Oldenbourg Verlag	11
Verlag B. G. Teubner	7 u. 13
WESTFÄLISCHE UNION AKTIENGESELLSCHAFT	U 2

Beilagen:
Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt (Buchscheck) der „FRANKFURTER ALLGEMEINE Zeitung für Deutschland" bei.
Einem Teil dieser Ausgabe liegt ein Prospekt über günstige Versicherungsmöglichkeiten der von der Bayer. Versicherungskammer verwalteten Bayer. Beamtenkrankenkasse bei.
Wir bitten um Beachtung.
Verlag: Verlagshaus Schürmann & Klagges, 4630 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12—16, Fernsprecher 1 60 81*. Verantwortlich für Anzeigen: Paul Dudziak. Z. Z. ist Anzeigenpreisliste Nr. 12 gültig. Bestellungen nimmt jedes Postamt oder ihr Briefträger entgegen. Bezugspreis jährlich 5,40 DM, zuzüglich Zustellgebühr.
Lieferung im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugsgeldes.
Gesamtherstellung:
Druckhaus Schürmann & Klagges, 4630 Bochum,
Auflage: 41 000 Exemplare.

Lieber Leser,

die Redaktion des „dji" hat sich zur Aufgabe gestellt, die Bedürfnisse der Studenten aufzugreifen und diese in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang darzustellen.

Die ökonomischen Bedürfnisse etwa nach Wohnung, Kleidung und Nahrung sind neben den sexuellen die wichtigsten Voraussetzungen menschlicher Existenz. Zur Befriedigung dieser Bedürfnisse hat sich der Mensch der Natur bemächtigt, er hat seine produktiven Kräfte durch den Einsatz technischer Hilfsmittel vervielfacht und ist gleichzeitig gesellschaftliche Verhältnisse mit anderen Menschen eingegangen, um durch Arbeitsteilung die Ergiebigkeit der Arbeit zu vergrößern.

Die Qualität einer Gesellschaftsordnung ist danach zu beurteilen, in wie weit sie in der Lage ist, die Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu befriedigen. In der Bundesrepublik befinden sich die Produktivkräfte auf einem sehr hohen Stand. Der Einsatz modernster Technik und qualifizierter Arbeitskräfte, nicht zuletzt der Ingenieure, ermöglicht eine enorme Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Trotz dieser Entwicklung gelingt es der Gesellschaft nicht, die erzeugten Produkte gerecht zu verteilen.

Zwei Beispiele für diese Ungerechtigkeit, die gerade Sie als Student zum Semesterbeginn besonders treffen, sind:

MIETEN:

In den letzten Monaten haben in fast allen deutschen Großstädten, z. B. Hamburg, München, Düsseldorf, Frankfurt usw. Aktionen der Mieter gegen den verbreiteten Mietwucher stattgefunden. Die sprunghafte Steigerung der Mieten in den letzten Jahren hat die Mieter aufgescheucht. Während die steigenden Mieten die Einkommen der meisten Haushalte immer mehr belasten — häufig ein Drittel des Monatseinkommens — füllen sich die Bauunternehmer, Bodenspekulanten, Hauseigentümer und die Stahlkonzerne die Taschen, ohne dabei zu vergessen, über ihre „Not" durch steigende Lohnkosten zu jammern. Am schwersten trifft die Last der Mietsteigerungen die ökonomisch schwächsten Schichten unserer Gesellschaft, Arbeiter, Rentner, Lehrlinge, Gastarbeiter und Studenten. Sie werden häufig auf die Straße gesetzt oder müssen unter unmenschlichen Bedingungen hausen (s. Kasten S. 5).

STUDIENFÖRDERUNG

Viele Kommilitonen sind zum Semesterbeginn gezwungen, einen Antrag auf Studienförderung zu stellen. Das Ausfüllen von Anträgen, das Herbeischaffen diverser Bescheinigungen bringt viel Mühe und Ärger mit sich. Aber nicht nur die Aufdeckung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse wird verlangt, sondern auch der Nachweis des bisherigen Studienerfolges. Läßt das Studium an einer Ingenieur- oder Höheren Fachschule dem Studenten ohnehin wenig Freiheit, so wird den auf Studienförderung angewiesenen Kommilitonen noch der letzte Rest Freiheit genommen. Unser Wirtschaftssystem benötigt hochqualifizierte Arbeitskräfte. Die Ausbildung dieser Kräfte ist teuer. Obwohl Unternehmen nur Profite machen können, wenn sie gut ausgebildete Arbeitskräfte einsetzen, müssen die Kosten der Ausbildung vom Studenten und dessen Familie getragen werden. Die Ausbeutung ist hier eine Doppelte: 1. Schulbauten, Dozentengehälter und Lehrmittel werden aus Steuergeldern finanziert, die zum größten Teil von Arbeitern und Angestellten aufgebracht werden. 2. Die Ausbildungskosten müssen von der Familie des Studenten aus dem Arbeitsaufkommen bezahlt werden. Fazit: Seine Ausbildung hat der Ingenieur selbst zu bezahlen, um später dem Unternehmer die Profitrealisierung zu ermöglichen! Der Staat unterstützt dieses Verfahren, indem er die geprellten mit einem Handgeld beruhigt, genannt: Studienförderung.

Die aufgezeigten Ungerechtigkeiten sind nur einige Widersprüche unseres Gesellschaftssystems, es sind nicht einmal die Hauptsächlichen. Viele Studenten erkennen diese Widersprüche und fordern: behebt sie durch Reformen! Solche Reformen können die erste Not lindern, sie vermögen aber nicht eine soziale Gerechtigkeit auf Dauer herzustellen. Um das zu gewährleisten ist es notwendig, die politisch-ökonomischen Verhältnisse in der Bundesrepublik grundlegend zu ändern.

Die Redaktion

Zimmermieten

Die studentische Wohnungsnot im Zusammenhang sehen

Die Wut gegen die Hausbesitzer

Die ohnehin schon miserable Wohnungssituation der Studenten verschärft sich zusehends. Seit Aufhebung der Mietpreisbindung stiegen Zimmermieten sprunghaft bis zu 100 Prozent in die Höhe. Bei einer Durchschnittsmiete von 91,60 DM im Sommersemester 69 stiegen die Mieten 1969 um durchschnittlich 12,6 Prozent und werden 1970 um weitere 15 Prozent steigen.

Für Honnef-Studenten bedeutet das, daß sie bis zu 30 Prozent ihres Einkommens auf den Tisch des Vermieters blättern müssen. Durch das ungenügende Angebot an Zimmern ist zudem ein Drittel der Studenten gezwungen, außerhalb eine Behausung zu suchen. Die tägliche Fahrerei verschlingt zusätzlich einen nicht unerheblichen Teil des Einkommens.

Da die meisten Studenten froh sein müssen, überhaupt ein Zimmer zu bekommen, sind sie den Schikanen der Vermieter ziemlich hilflos ausgesetzt. Die Auffassungen vieler Wirtsleute vom „anständigen Leben" bedeuten für die studentischen Untermieter oft eine fühlbare Erschwerung ihrer Situation. Das Damoklesschwert der Kündigung verhindert aber von vornherein ein Aufmucken selbst gegen unzumutbare Sonderauflagen.

Wie alle Mißstände an der Hochschule trifft auch die Wohnungsnot diejenigen am härtesten, die von ihrer Familie nur geringe finanzielle Unterstützung erwarten können oder gar auf Honnef-Almosen angewiesen sind. Wem die Eltern kein 250-DM-Appartement bezahlen können, dem steht eventuell noch der Weg in die Korporationen mit ihren Häusern offen. Die größtenteils leerstehenden Häuser beweisen jedoch, daß da die Schikanen der Vermieter noch vorzuziehen sind!

Die Wut ist verständlich

Die Wut vieler Studenten auf die Vermieter ist bei all diesen üblen Erfahrungen durchaus verständlich. Sie fühlen sich von den Vermietern schändlich ausgebeutet und schieben ihnen allein die Schuld an Mietpreissteigerungen in die Schuhe. Diese verständliche Erregung beherrschte die bisherigen Versuche der Studenten, gegen ihre Wohnungsnot anzugehen:

Es wurden Wohngeldkampagnen gestartet, Mietwucherprozesse geführt, die den Hausbesitzer als „Ausbeuter" brandmarken sollten. Abhilfe versprach man sich von individuellem Terror, der das „Ausbeutungsverhältnis" zwischen Mieter und Vermieter exemplarisch abschaffen sollte.

Dieses Vorgehen scheiterte in der Praxis. Sowohl in Tübingen, München, Marburg als auch in Berlin, wo solche Kampagnen durchgeführt wurden, blieb der Erfolg aus.

Worin lagen die Ursachen für diesen Fehlschlag?

fragten sich die Studenten. Sie kamen zu dem Schluß, daß das isolierte Vorgehen Schuld daran sei. Durch eine breitere Basis in der Bevölkerung glaubten sie, ihre Ziele durchsetzen zu können. Sie versuchten z. B. in München, sich mit Arbeitern und Lehrlingen zu solidarisieren, um gemeinsam gegen die Wohnungsnot zu kämpfen.

Für Studenten und Gastarbeiter oder Firmenunterkunft

Ffm.-City, 2- und 3-ZW, Kü., Bad, Etagenheizung, gepfl. Altbau, Miete 500,- bzw. 750,-, ohne Kaution, 1. 9. 1970.

EIGENHEIM-ZENTRALE

Frankfurt/Main, Hauptwache 11
Telefon 2 04 21

„Wir brauchen Verbündete!"

Wie kam es zu dieser Ausweitung der Wohnkampagnen?

Wenn die Studenten bei ihren Versuchen, wichtige Anliegen durchzusetzen, auf Granit beißen, sehen sie sich nach Verbündeten um. In diesem Augenblick stellen sie plötzlich fest, daß sie nicht die einzigen sind, denen es schlecht geht, daß die Mehrheit der Bevölkerung unter den gleichen Mißständen leidet — zum großen Teil sogar noch viel härter betroffen ist. Die Folgerung liegt nahe: Solidarisieren wir uns mit der Mehrheit der Bevölkerung, setzen wir gemeinsam mit ihnen unsere Forderungen durch! Nicht nur in der Wohnungsfrage, auch in den Aktionen zum „Bildungsnotstand" und Demonstrationen gegen reaktionäre Hochschulgesetze versuchten die Studenten auf diese Weise eine Harmonie zwischen ihren Interessen und denen der Werktätigen herzustellen.

Dieses Vorgehen basiert zunächst auf einer durchaus richtigen Erkenntnis: Gerade von der Wohnungsnot sind große Teile der Bevölkerung weit härter betroffen als die Studenten. Was heißt das konkret?

Wohnungsnot in der BRD

Seit Juni 1962 bis November 1969 verzeichnete man eine Mietsteigerung von insgesamt 60,2 Prozent. 1969 stiegen die Mieten um weitere 6 Prozent und für 1970 ist mit einem Anstieg bis zu 15 Prozent zu rechnen.

In München z. B., wo es zur Zeit noch 50 000 Wohnungssuchende gibt, sind auf Grund des mangelnden Angebots Mieterhöhungen von 100, 200 oder sogar 300 Prozent bei Altbauwohnungen an der Tagesordnung.

Die Unterversorgung auf dem Wohnungsmarkt wird zur unerträglichen Plage!

Der Wohnungsbestand in der BRD beträgt zur Zeit 20 Millionen. Bis 19[illegible] müßten 8 Millionen neue Wohnungen erstellt werden, um eine gerade ausreichende Versorgung der Bevölkerung zu erreichen. Es werden aber —allen schönen Versprechungen zum Trotz — im Jahr nur 400 000 Wohnungen gebaut — Luxuswohnungen und Einzelappartements eingeschlossen. Die Folgen:

- 800 000 Familien sind in Nissenhütten, Baracken oder in Untermiete untergebracht;
- 1 Million Familien wohnen nach offiziellen Untersuchungen in „unzumutbaren" Wohnungen (zumutbar eben nur für Arbeiter, Rentner, Studenten, kleine Angetellte usw.);
- 7 Millionen Wohnungen haben weder Bad noch Dusche;
- 4 Millionen Wohnungen haben keine Küche;
- jede 4 Familie muß die Toilette außerhalb ihrer Wohnung zusammen mit bis zu 5 Familien teilen.

Am Beispiel Tübingens läßt sich diese Situation konkretisieren: Von 13 168 Wohnungen (nach der Gebäudezählung 1968 des Landes Baden-Württemberg) haben fast ein Viertel (3088) weder Bad noch Heizung, fast die Hälfte (5642) keine ausreichende Heizvorrichtung und nur ein Drittel (4438) ist mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestattet.

In einer besonders üblen Situation befinden sich die Arbeiter und die Industrie- und Verwaltungsangestellten, die wegen ihres Arbeitsplatzes in den sogenannten „Ballungszentren" wohnen müssen. Weshalb ist hier die Wohnungsnot zusätzlich verschärft?

Mit der sich weiter vermehrenden Konzentration und sich ändernden Standortverteilung der Industrie ist ein unaufhaltsamer Zustrom und eine ständige Umverteilung der Arbeitskräfte verbunden.

Ein Besispiel verdeutlicht die Folgen:

In einer Kleinstadt wird ein Werk für 2 000 Beschäftigte gebaut. Das heißt jedoch, daß für etwa 6 000 Menschen in kurzer Zeit ausreichend Wohnraum geschaffen werden muß, da neben dieser Kernindustrie Versorgungsbetriebe, Zuliefer- und Hilfsfirmen, Einzelhandel, Transportwesen usw. entstehen. Viele Jahre lang wird es unmöglich sein, den neu ankommenden Familien genügend Wohnraum zur Verfügung zu stellen, und der gesamte Wohnungsmarkt in diesem Gebiet wird durcheinandergebracht. Der Wohnungssuchende sieht sich gezwungen, jede auch noch so miserable Wohnung zu mieten und dafür noch unverschämte Preise zu zahlen. Diese Entwicklung im Zuge der Industrialisierung erzeugte erst die Wohnungsnot und trägt auch heute immer noch zu ihre Verschärfung bei. Außerdem werden gerade in den Städten durch „Altstadtsanierungen" u. ä. große Mengen von Wohnraum vernichtet, ohne daß auch nur annähernd für Ersatz gesorgt werden kann.

Wie jede Notlage trifft auch die Wohnungsnot die ökonomisch und sozial schwachen Schichten am härtesten: Arbeiter kleine Angestellte, Rentner, Teile der Studentenschaft. Hinzu kommen jene Mieter, die bei Vermietern unbeliebt sind: Familien mit Kindern, besonders junge Familien, bei denen weiterer Zuwachs zu erwarten ist.

„Gemeinsamer Kampf gegen die Hausbesitzer"

Auf Grund dieser allgemeinen Wohnungsnot rechneten die Studenten auf die Unterstützung der Bevölkerung im Kampf um bessere Wohnverhältnisse. Da sie aus ihrer isolierten Erfahrung nur den „Mietwucher" der Hausbesitzer als Ursache ihrer Wohnungsmisere kannten glaubten sie hier den gemeinsamen Gegner aller unter der Wohnungsnot Leidenden gefunden zu haben. Die Thesen der isolierten studentischen Kampagnen wurden kurzerhand verallgemeinert und antikapitalistisch verbrämt:

— Die arbeitende Bevölkerung wird durch hohe Mieten ausgebeutet
— Urheber dieser Ausbeutung sind die Hausbesitzer, die die Mieten willkürlich hochschrauben.

Weshalb mußten auch diese Kampagnen scheitern?

Weshalb kann die Wohnungsnot nicht durch Kampf gegen die Hausbesitzer beseitigt werden?

Im Mietverhältnis keine Ausbeutung

Die These, Mietkampagnen seien ein Teil des Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung, ist falsch.

Ausbeutung ist die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise, die den Arbeiter zwingt, seine Arbeitskraft dem Kapitalisten für einen bestimmten Lohn zu verkaufen. Damit erhält der Kapitalist das Recht, den Arbeiter länger arbeiten zu lassen als zur Reproduktion der Lohnsumme nötig ist. In dieser zusätzlichen Arbeitszeit, für die der Arbeiter nicht bezahlt wird, produziert er ein Mehrprodukt. Der durch diese Ausbeutung erzielte Mehrwert, wird unter der gesamten Kapitalistenklasse verteilt (industrielle Kapitalisten, Grundeigentümer, Finanziers „nebst ihren bezahlten Dienern, vom Papst und Kaiser bis zum Nachtwächter und darunter", Engels). Diese Verteilung geht durch Kauf und Verkauf vor sich und zeichnet sich durch Prellerei des Käufers durch den Verkäufer aus. Diese Prellerei trifft alle Mitglieder der Gesellschaft, wenn sie sich auch für das Proletariat besonders hart auswirkt.

Im Mietverhältnis geht es eben um einen solchen Kauf und Verkauf, das heißt um ein einfaches Warengeschäft zwischen zwei Bürgern. Der Mieter, auch wenn er Arbeiter ist, bestreitet als „vermögender Mann", der schon einen Teil seiner Arbeitskraft verkauft hat, einen einfachen Warenkauf. Um feststellen zu können, ob bei einem hohen Preis der Ware Wohnraum Prellerei durch den Vermieter vorliegt, müssen wir sehen, unter welche Teile der Kapitalistenklasse und ihrer Diener der entrichtete Mietpreis verteilt wird.

Wer kassiert mit beim Vermieten?

— Grundbesitzer

Im Kapitalismus ist der Grund und Boden Privatbesitz eines kleinen Teils der Gesellschaft. Dieser „Teil der Gesellschaft verlangt hier von den anderen einen Tribut dafür, die Erde bewohnen zu dürfen." (Marx) Dieser Tribut wird in Form der Grundrente eingetrieben, die
— was den bewohnten Boden betrifft
— dort am höchsten ist, wo die Bevölkerung am dichtesten ist. Natürlich bezahlt nicht der Hausbesitzer diese Grundrente, sondern streckt sie beim Kauf des Grundstücks nur vor und treibt sie durch Aufschlag auf die Miete nach und nach vom Mieter wieder ein. Je günstiger die Wohnlage ist, desto höher kann dieser Aufschlag sein — auf diesem Marktgesetz basieren die ungeheuren Spekulationsgewinne der Privatbesitzer an Grund und Boden. Die Quelle der Spekulationsgewinne ist immer wieder dieselbe:

— Öffentliche Leistungen wie Erschließung durch Straßen und Verkehrsmittel, Erstellung von Versorgungseinrichtungen oder Subventionierung des Hausbaus verteuern die Grundstücke,
— dieser höhere Grundstückspreis führt zu höheren Mieten. Höhere Mieten aber machen das Grundstück ertragreicher und erhöhen somit seinen Marktpreis, was bei einem Verkauf wieder zu einer Preissteigerung mit anschließender Mieterhöhung führt.

Zimmermieten

— Auf diese Weise werden Dauerspekulationen ermöglicht, die von Verkauf zu Verkauf einen neuen Aufpreis und damit eine neue Mieterhöhung bringen, von der der Vermieter nur dann profitiert, wenn er gleichzeitig Grundbesitzer ist.

Z. B. lagen in München 1952 die Bodenpreise bei 93 Pf. pro qm. 1965 waren die Preise bis auf 250 DM geklettert. Die Spekulationsgewinne in Westdeutschland an Grund und Boden beliefen sich zwischen 1949 und 1965 auf 100 Milliarden DM. Dieser Betrag, der die Taschen von Wenigen gefüllt hat, entspricht etwa der Höhe der öffentlichen Finanzierung von Forschung und Wissenschaft in Westdeutschland seit 1949. (Süddeutsche Zeitung 21. 4. 70) Dieser Teufelskreis läßt sich solange nicht unterbrechen, wie der Privatbesitz an Boden besteht. Nur in einer sozialistischen Gesellschaft kann das Monopol an Boden einer vernünftigen, für alle Teile der Bevölkerung nützlichen Planung des Wohnungsbaus Platz machen. Der Boden dient dann nicht mehr den Profitinteressen der Kapitalisten, sondern der Bedürfnisbefriedigung aller.

— Finanzkapital

Neben der Bindung an Grund und Boden ist die Ware Wohnraum dadurch gekennzeichnet, daß der Zeitraum der Konsumtion länger ist als der bei den meisten übrigen Lebensmitteln. Daraus folgt, daß sie nur stückweise verkauft, das heißt eben: vermietet wird. Das vorgeschossene Kapital für den Hausbau und der mit diesem Kapital erwirtschaftete Profit realisieren sich also nur nach und nach. Wenn aber Kapitalisten Kapital vorschießen, so verlangen sie auch Zinsen dafür, die ebenfalls vom Mieter aufgebracht werden müssen. Hier liegt eine weitere Ursache für die horrenden Mieterhöhungen der letzten Jahre.

Im Zuge von Schillers Konjunkturpolitik — verstärkt nach der Aufwertung der DM — stiegen die Diskontsätze bis auf 7,5 Prozent. Die Auswirkungen auf die Mietpreise sind katastrophal. Schon eine 1prozentige Zinserhöhung zieht eine Erhöhung der Mieten um 15 Prozent nach sich. Was sind die Ursachen dieser Konjunkturpolitik?

Durch Kreditverteuerung über die Diskonterhöhung will der Staat den Investitionsboom drosseln und die davongaloppierenden Preise am Schwanz festhalten. Diese Maßnahmen, die dem Kapital und der Bourgeoisie nützen, gehen eindeutig zu Lasten der Mieter, vor allem der unteren Einkommensschichten, die — wie üblich — am meisten dadurch belastet werden. Auch für diesen Teil der Mieterhöhungen sind also keinesfalls die Hausbesitzer verantwortlich zu machen.

Eine weitere Folge der langen Konsumtionsdauer der Ware Wohnraum sind die anfallenden Reparaturen, deren stetig steigende Preise ebenso stetig die Mieten verteuern.

— Industrielle Kapitalisten

Kommen wir nun zum eigentlichen Kern des Mietpreises: er muß „das in einem vergänglichen, mit der Zeit unbewohnbar und wertlos werdenden Haus angelegte Baukapitel in jährlichen Raten abtragen" (Engels). Die Produktionsmittel für den Hausbau bezieht die Bauindustrie ebenso wie die Rohstoffe von verschiedenen Zulieferern; die Höhe des angelegten Kapitals ist damit von den Marktpreisen der Produktionsmittel und der Ware Arbeitskraft abhängig. Und hier stoßen wir auf die dritte Hauptursache der Mieterhöhungen:

— Stahl verteuert sich 1969 um über 100 Prozent,
— Preise für Baumaschinen stiegen um 4,8 Prozent,
— die Preise für die übrigen Baumaterialien (Beton usw.) und für Transportfahrzeuge stiegen erheblich an.

Die riesigen Extraprofite besonders der Stahl-, aber auch der Maschinen- und der Autoindustrie werden also von den Mietern mitfinanziert — ohne daß die Vermieter aus diesem Teil der Mietsteigerungen auch nur einen Pfennig „Profit" ziehen können.

Neben der Erneuerung dieses konstanten Kapitals dient der Verkauf der Ware Wohnraum auch der Realisierung des Werts, den die Bauarbeiter durch Verausgabung ihrer Arbeitskraft bei der Produktion der Wohnhäuser geschaffen haben. Für die Höhe der Miete hat das zwei Folgen:

— Die Reproduktionskosten der Arbeitskraft steigen durch die Verteuerung der Lebensmittel laufend an (daher: 1969 10 Prozent Lohnerhöhung bei den Bauarbeitern). Um dem dadurch drohenden Sinken ihres Profits entgegenzuarbeiten, erhöhen die Bauunternehmer — begünstigt durch die Marktsituation — die Preise für die fertige Ware Wohnhaus. Folge: steigende Mieten.
— Für eine industrialisierte Gesellschaft ist bei uns der Anteil der notwendigen Arbeitszeit an der Produktion von Wohnungen unverhältnismäßig hoch. Das läßt sich auf die völlig rückständige, kaum rationalisierte Produktionsweise besonders im Wohnungsbau zurückführen. Vorherrschend sind auch heute noch kleine Betriebe, die auf handwerklich zünftlerischer Struktur aufgebaut sind. Etwa zwei Drittel aller Betriebe beschäftigen nicht mehr als hundert Arbeiter.

Massenproduktion von Häusern mit Fertigbauteilen wird nur vereinzelt angewandt. Die individuelle Bauweise ist der weitaus dominierende Teil. Die unverhältnismäßig große Menge aufgewendeter Arbeitskraft erhöht den Wert und damit auch den Preis der Ware Wohnraum. Zahlen müssen das natürlich die Mieter.

Pervertierung fortschrittlicher Entwicklungen

Eine einheitliche Durchorganisierung des Baubetriebes ist heute noch unmöglich. Die verschiedenen Betriebe, die an der Fertigstellung eines Hauses beteiligt sind, arbeiten chaotisch nebeneinander her und machen eine rationelle Zusammenarbeit unmöglich.

Die dennoch vorhandenen Konzentrations- und Rationalisierungstendenzen können sich wegen der kapitalistischen Anarchie nur auf Kosten der Bevölkerung — der Bauarbeiter und der Mieter — durchsetzen:

Im Vergleich zu anderen Industriezweigen ist die Bauindustrie sehr stark der Konjunkturlage unterworfen. In Zeiten

Aus der Not ein Geschäft machen

In der Mansarde sind drei Wände und die Decke schief. Die Gesamtfläche des Raumes beträgt zwar ungefähr 12 qm, aber die Nutzfläche (das heißt der Teil des Raumes, in dem man aufrecht stehen kann) gerade 5 qm. Das Zimmer ist im Sommer sehr heiß, normale Tagestemperatur bei schönem Wetter ungefähr 30°.

An Mobilar wurde vom Hausbesitzer gestellt: eine viel zu kurze und zu schmale Liege, ein einteiliger, schmaler und uralter Kleiderschrank, eine uralte Kommode, ein alter, hoher Eßtisch als Schreibtisch, ein Stuhl, ein ramponierter Nachttisch, ein Sessel, den man am Tisch anlehnen muß, damit er nicht umfällt, ein Unterstellregal (kein Bücherregal) und ein Plastikpapierkorb. Von den gestellten Möbeln paßt auch nicht ein Stück irgendwie zum andern. Der Vermieter hat übrigens keine Lampe, weder Decken- noch Schreibtischleuchte, zur Verfügung gestellt, obwohl das Zimmer auch tagsüber immer künstlich erhellt werden muß. Die Mieter mußten sich also selbst sowohl eine Schreibtisch- als auch eine Stehlampe anschaffen, außerdem einen stabilen Sessel, ein Bücherregal und einen Teppich.

Für alle sechs Räume, die auf der gleichen Etage liegen, steht eine Dusche zur Verfügung (die Wanne ist nicht benutzbar), eine Toilette, eine Küche mit einem Kühlschrank und einem Herd, dessen Benutzung feuerpolizeilich verboten ist (der Hausbesitzer weigert sich, den Herd auf Erdgas umzustellen, das ist ihm zu teuer). Warmwasser erhält man aus einem 10-Pfennig-Automaten.

Das oben beschriebene „möblierte Zimmer" kostet 100 DM zusätzlich Nebenkosten. Die Nebenkosten für Strom und Wasser betragen monatlich ungefähr 8 DM und für Heizung (von Oktober bis April) pauschal monatlich 25 DM. Die tatsächlichen Heizkosten betragen in dem kleinen Raum, auch wenn man durchgehend das Fenster auf hat, nicht einmal die Hälfte. Bei Nichtheizen wird nichts zurückerstattet, während außerhalb dieser Zeit entweder überhaupt nicht geheizt wird oder dafür 85 Pfennig pro Tag veranschlagt wird.

Rechnet man die Nebenkosten auf das Jahr um, so ergeben sich für Strom, Wasser und Heizung 25 DM monatlich. Die Gesamtkosten für diese jämmerlich möblierte Mansarde betragen demnach 125 DM. Das macht bei 5 qm Nutzfläche einen Quadratmeterpreis von 25 DM!

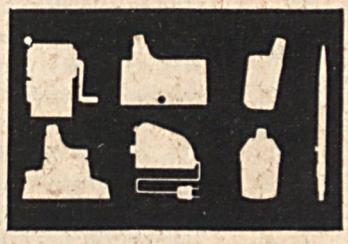
Das direkt darunterliegende Zimmer, das die gleiche Grundfläche und gerade Wände (also 12 qm Nutzfläche) hat, kostet übrigens ebenfalls „nur" 100 DM zusätzlich Nebenkosten, die Möblierung ist dort allerdings auch nicht wesentlich besser.

Herr Schneider, Papiergroßhändler aus Darmstadt, verdient an zwei Stockwerken seines Altbaus mit den insgesamt zwölf Buden, die er an Studenten vermietet, 1500 DM im Monat — der Profit, der zusätzlich durch die Zentralheizung noch herausgeschlagen wird, nicht eingerechnet. Wir gratulieren zu solcher Geschäftstüchtigkeit.

Der Mietpreis richtet sich nicht nach dem Wert des Zimmers, sondern allein nach der Profitgier des Vermieters.

Spitz(en)komfort

dahle Minen-spitzgeräte



der exakten Spitze wegen —

Vergessen Sie veraltete Minenspitzmethoden. Sie haben Anspruch auf eine zeitgemäße Lösung — sie heißt: „dahle". Denn „dahle"-**Minenspitzgeräte** bieten Ihnen Spitz(en)komfort. Sind einfach unübertrefflich. Mit „dahle" spitzen Sie Ihre Minen schnell, sauber, mühelos. Und zentrisch genau. Wie Sie es gerade brauchen: nadelfein zum **Zeichnen** — normal-spitz zum **Schreiben.**
Ein „dahle"-**Minenspitzgerät** zusammen mit dem bewährten **Zeichenstift** „dahle MV 3000" — das ist die ideale Kombination. Sie kennen doch den „dahle MV 3000"? Mit Vorschub-Automatik . . .
„dahle" hat sich zum Ziel gesetzt, die Zeichenarbeit zu erleichtern. Zu perfektionieren. Für jeden Zweck finden Sie im „dahle"-Sortiment das richtige **Zeichengerät.**
Und für die Qualität steht der Name „dahle". Es heißt ja nicht umsonst:

dahle — zum Zeichnen ausgezeichnet!

dahle

dahle — Büro- und Zeichengerätefabrik (Abt. 13)
8630 Coburg, Postfach 298

Zimmermieten

der Krise kommt es zum Versiegen der Bautätigkeit, da fast alle Investitionen eingestellt werden. Während des wirtschaftlichen Aufschwungs geht man nach der Methode des Goldgräberkapitalismus vor: es wird der verlorengegangene Profit mit unverschämten Preiserhöhungen wieder reingewirtschaftet. Der Staat betreibt auch hier Handlangerdienste für das Monopolkapital: Nur große Firmen werden durch Geldspritzen großzügig unterstützt. Die Kleinen, von denen schon ein Teil die Durststrecke nicht überstanden hat, werden durch solches Vorgehen rigoros ausgeschaltet. Das treibt die Monopolisierung enorm voran.

Da fast jeglicher Konkurrenzdruck fehlt, setzen die großen Baufirmen Höchstpreise fest, um möglichst viel Extraprofit herauszuschlagen. Größere Baufirmen haben so zwar die Möglichkeit, rationeller und somit billiger zu produzieren und könnten dem Fortschritt dienen. Die Baupreise und damit die Mieten steigen aber weiter, denn im Monopolkapitalismus dient die rationellere Arbeitsweise nur der Profitmaximierung der Kapitalisten.

Erst wenn die Werktätigen sich die Produktionsmittel angeeignet haben, kann der technische Fortschritt zum Nutzen aller eingesetzt werden!

Im Kapitalismus nie genug Wohnraum

Der natürliche Preis einer Ware wird bestimmt durch ihren Wert. Erst das Verhältnis von Angebot und Nachfrage reguliert aber den endgültigen Marktpreis. Ein ständiges Unterangebot von Wohnraum muß den Marktpreis folglich ständig über den natürlichen Preis hinaustreiben. Dieses Marktgesetz ermöglicht den Vermietern die laufende Prellerei des Mieters. Weshalb sind aber die Wohnungen so knapp?

Knappheit des Wohnraums als Zwangsläufige Folge des Kapitalismus

Die Wohnungsnot entstand mit dem Aufkommen des Kapitalismus. Seit etwa 1800 setzten die industriellen Wanderungen großer Bevölkerungsteile vom Land in die Stadt und aus den ländlich gebliebenen Provinzen in die Industriegebiete ein. Dieser Zustrom hält bis heute an. Die ständigen Wandlungen der Technik und des Industriesystems bringen zudem starke Veränderungen der Berufsstruktur und ständige geographische Neuverteilung der Arbeitsplätze mit sich. Alte Branchen machen im Zuge dieses Prozesses neuen Industriezweigen Platz. Dadurch entstehen neue Industriegebiete, die neue Arbeitskräfte anziehen.

Warum kann die Herstellung von neuen Unterkünften nicht Schritt halten mit dem starken Bevölkerungswachstum und der beschriebenen Umverteilung der Bevölkerungsdichte? Für ausreichenden Wohnraum der Werktätigen zu sorgen, fällt den Kapitalisten gar nicht ein! Sie bauen nur dort, wo ausreichend Profit garantiert ist.

Knappheit des Wohnraums als Nachwirkung Imperialistischer Kriege

Nach dem 2. Weltkrieg herrschte ein Chaos auf dem gesamten Wohnungssektor. Ein großer Teil der Wohnungen war zerbombt; zur gleichen Zeit setzte der Flüchtlingsstrom aus den Ostgebieten ein.

Die Wohnungsnot in Westdeutschland nahm verheerende Ausmaße an. In der Wiederaufbauphase mußten viele Wohnungen für die Werktätigen gebaut werden, damit die Arbeitskraft für die Industrie gesichert werden konnte (Arbeiter, die in Schweineställen hausen und der Gefahr von Krankheit ausgesetzt sind, können natürlich nicht genug Mehrwert für die Kapitalisten erzeugen). Als die größten Löcher gestopft waren und die Arbeiter voll in den Produktionsprozeß eingespannt werden konnten, ließ die Erstellung von billigem Wohnraum schlagartig nach. Von nun an konnte auch die Bauindustrie durch den Bau von großen und teuren Wohnungen, Industrie- und Verwaltungsbauten ihrem Profitinteresse endlich wieder richtig nachkommen.

Knappheit als Folge der Kapitalistischen Anarchie

Solange die Produktion vom Zwang zur Profitmaximierung bestimmt wird — das heißt solange der Kapitalismus existiert —, kann es keine ausreichende Versorgung der unteren Bevölkerungsschichten mit Wohnraum geben. Es werden nie genügend billige, also für die Arbeiter erschwingliche Wohnungen gebaut, da größere Investitionen in den Bau billiger Wohnungen ein viel zu großes Risiko darstellen. Häuser sind nämlich sehr teure Konsumgüter, deren Wert sich nur langfristig realisiert, und haben zusätzlich die Eigenschaft, daß sie dort stehenbleiben müssen, wo sie gebaut sind. Soll sich der Bau lohnen, dann muß er viele Jahrzehnte lang dort, wo er steht, konsumiert, das heißt bewohnt werden. Die Arbeiterklasse ist aber ein sehr unsicherer Käufer, denn in Krisen sinkt die Kaufkraft der Arbeiter stark ab und die Wohnungen können zum Teil nicht mehr bezahlt werden. Hinzu kommen die massenhaften Entlassungen von Arbeitern (Krise 1966), die sich nach einem anderen Arbeitsplatz umsehen und ihren Wohnort wechseln müssen. Deshalb werden Arbeiterwohnungen größtenteils nur dann gebaut, wenn der Staat durch Subventionen die Profite sichert: Große Gesellschaften spezialisieren sich auf den „sozialen" Wohnungsbau und ziehen für eine gewisse Zeit den gesicherten „Normalprofit" dem Jagen nach Extraprofiten vor.

Ähnliche Ursachen hat auch der Wohnraummangel in Universitätsstädten. Das Einkommen vieler Studenten ist oft unregelmäßig und ihre Kaufkraft von daher beschränkt. Der häufige Studienortwechsel und die Zahlungsunsicherheit garantieren den Kapitalisten keinen ausreichenden Profit beim Bau von Studentenwohnheimen. Da nützen auch keine „Appelle an die Privatwirtschaft", wie sie von Kultusministern und bestimmten Studenten-„Vertretern" mit schöner Regelmäßigkeit ergehen, sehen wir uns doch in den Universitätsstädten um: Der wirklich zahlungskräftige Teil der Studenten ist längst mit teuren Zimmern und Luxusappartements versorgt. Für solche lohnenden Kapitalanlagen braucht die Bauindustrie keinen Sonderappell.

Für billige, das heißt für die Mehrzahl der Studenten erschwingliche Zimmer kann dagegen kein noch so „wohlge-

meinter" Appell sorgen. Wir sehen, daß auch für den verheerenden Wohnraummangel nicht die Hausbesitzer verantwortlich zu machen sind. Allerdings nützen sie, wie jeder Warenverkäufer, die günstige Marktsituation für eine Prellerei größten Ausmaßes aus. Die Voraussetzung für diese Prellerei der Mieter war die Aufhebung der Wohnungszwangsbewirtschaftung. Weshalb wurde dieser „Schutz der arbeitenden Bevölkerung vor Mietwucher" erst eingeführt und dann wieder beseitigt?

Die Bourgeoisie* legt die Hausbesitzer an die Kette...

Das Elend der Bevölkerung nach dem Krieg war so groß, daß die Bourgeoisie um den Bestand ihrer Herrschaft fürchten mußte.

— Der Wiederaufbau der zerstörten Produktionsmittel erforderte eine große Menge leistungsfähiger Arbeitskräfte, deren Reproduktion gesichert werden mußte.

— Das Beispiel der Machtübernahme durch das Proletariat in der DDR war eine ungeheure Bedrohung des Ausbeutungssystem in Westdeutschland. Damit die antikommunistische Hetze wirken konnte, mußte das schlimmste Elend der Bevölkerung schnell beseitigt werden.

In dieser Situation mußten wenigstens soviel erschwingliche Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, daß die Reproduktion der benötigten Arbeitskräfte gesichert war. Deshalb wurde die Gier der Hausbesitzer nach bevorzugter Beteiligung bei der Verteilung des Mehrwerts energisch vor der Bourgeoisie unterdrückt. Die Hausbesitzer wurden zum Teil gezwungen, die Wohnungen unter den tatsächlichen Kosten (Reparaturen, Zins, Steuern usw.) zu vermieten.

... und läßt sie wieder los

Im Laufe der Aufholphase der westdeutschen Wirtschaft entschärfte sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt zur normalen Wohnungsnot im Kapitalismus. Gleichzeitig normalisierte sich aber auch die Entwicklung der kapitalistischen Widersprüche in Westdeutschland: der Klassenkampf verschärfte sich und damit begann die Basis der politischen Herrschaft der Bourgeoisie abzubröckeln. Diese konnte es sich deshalb nicht länger leisten, die Haus- und Grundbesitzer vor den Kopf zu stoßen, die mit wachsender Lautstärke einen größeren Anteil von dem durch die Ausbeutung der Arbeiter erwirtschafteten Mehrwert für sich forderten. Die dominierende Stellung der Hausbesitzer in den lokalen Agenturen der Bourgeoisie — den Stadt- und Gemeinderäten — sorgte dafür, daß ihr Gezeter nicht ungehört verhallte. Zur Befriedigung dieses wichtigen Bündnispartners wurde die Wohnungszwangsbewirtschaftung schrittweise aufgehoben. Die Folgen sind auch den Studenten wohlbekannt: übelste Prellerei durch überhöhte Mieten besonders bei den Altbauwohnungen.

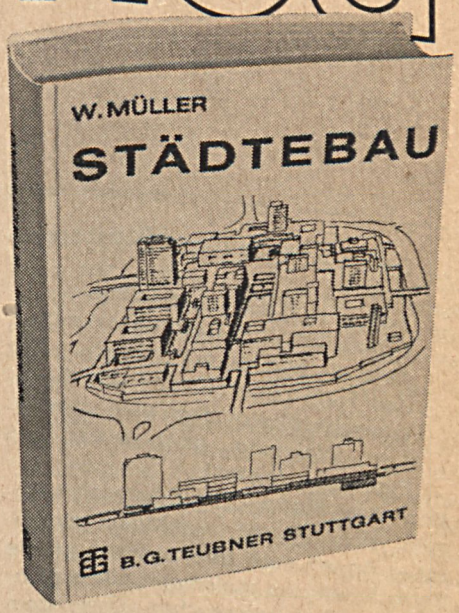
Ein Paradebeispiel für die Ausweglosigkeit der Bourgeoisie! Um ihre politische Herrschaft gegen die wachsende Unzufriedenheit zu sichern, sucht sie ihre wichtigsten Bündnispartner zufriedenzustellen. Gerade diese Bündnispolitik steigert jedoch die allgemeine Unzufriedenheit und trägt zur Entlarvung der Untauglichkeit des ganzen Systems bei.

Auf der Suche nach Sündenböcken

Die bloße Unzufriedenheit der Massen ist für den Kapitalismus solange keine unmittelbare Gefahr, wie die wirklichen Ursachen des Elends und der Ausbeutung den Massen verborgen bleiben. Erst die Erkenntnis von den Untauglichkeit des ganzen Systems kann der Bourgeoisie wirklich gefährlich werden — deshalb versucht sie mit allen Mitteln, diese Erkenntnis durch gezielte Propagandalügen zu verhindern. Eifrig hilft sie mit, die „Schuldigen" an der Wohnungsnot zu finden und zu brandmarken:

*Bourgeoisie: neben der Arbeiterklasse eine der beiden Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Sie ist Eigentümer der entscheidenden Produktionsmittel. Das ermöglicht ihr die Ausbeutung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen. Gestützt auf die ökonomische Macht, ist die Bourgeoisie im Kapitalismus auch die politisch und ideologisch herrschende Klasse.

neu



Dieses Lehr- und Handbuch behandelt im Zusammenhang die Grundlagen, Begriffe, Verfahren und Planungselemente des Städtebaues, unter Berücksichtigung der mit dem Städtebau zusammenwirkenden Fachplanungen: Straßenbau und Verkehr; Wasser-, Abwasser- und Energiewirtschaft; Grünflächenplanung.

Das Werk ist das erste grundlegende Städtebau-Lehrbuch für die Studenten des Hoch- und Ingenieurbaues.

Von Baudirektor Dipl.-Ing. W. Müller, unter Mitwirkung von Dozent Dipl.-Ing. W. Bischof, Gartenarchitekt BDGA R. Ehlgötz, Oberbaurat Dipl.-Ing. K. Wessels und Dipl.-Ing. E. von Wiarda

XII, 474 Seiten mit 227 Bildern und 68 Tafeln, davon 8 Seiten 4farbig. DIN C 5. 1970. Linson DM 48,— (Verlags-Nr. 5001)

Jetzt wieder lieferbar!

Einführung in die

DIN-Normen

Von Oberingenieur M. Klein, Berlin
Herausgegeben vom Deutschen Normenausschuß

6., neubearbeitete und erweiterte Auflage. VI, 754 Seiten mit 1555 Bildern und 690 Tabellen. Mit Sichtregister. DIN A 5. 1970. Geb. DM 39,— (Verlags-Nr. 6300)

B.G.Teubner

7 Stuttgart 80, Postfach 80 10 69

Zimmermieten

— Schuld sind die bösen Bodenspekulanten
— Schuld sind die hohen Löhne
— Schuld sind die Betroffenen selbst, denn sie können durch Sparsamkeit und Fleiß (Überstunden und Sonntagsschicht) sich doch eine vernünftige Wohnung oder sogar ein Eigenheim leisten!

Nach dem Motto: „Die Bourgeoisie bemüht sich redlich" ergeht ein moralischer Appell nach dem anderen an die Betroffenen und diejenigen, die angeblich das Übel verursachen. Unter dem Deckmäntelchen der Interessengleichheit versucht sie, den Betroffenen zuzureden, sie sollten doch kräftig sparen und mithelfen, die Wohnungsnot abzuschaffen. Mit Unterstützung sozial Schwachgestellter durch Wohngeld sei sie mit gutem Beispiel vorangegangen. Diese „Lösung" ist nichts als eine Beruhigungspille:

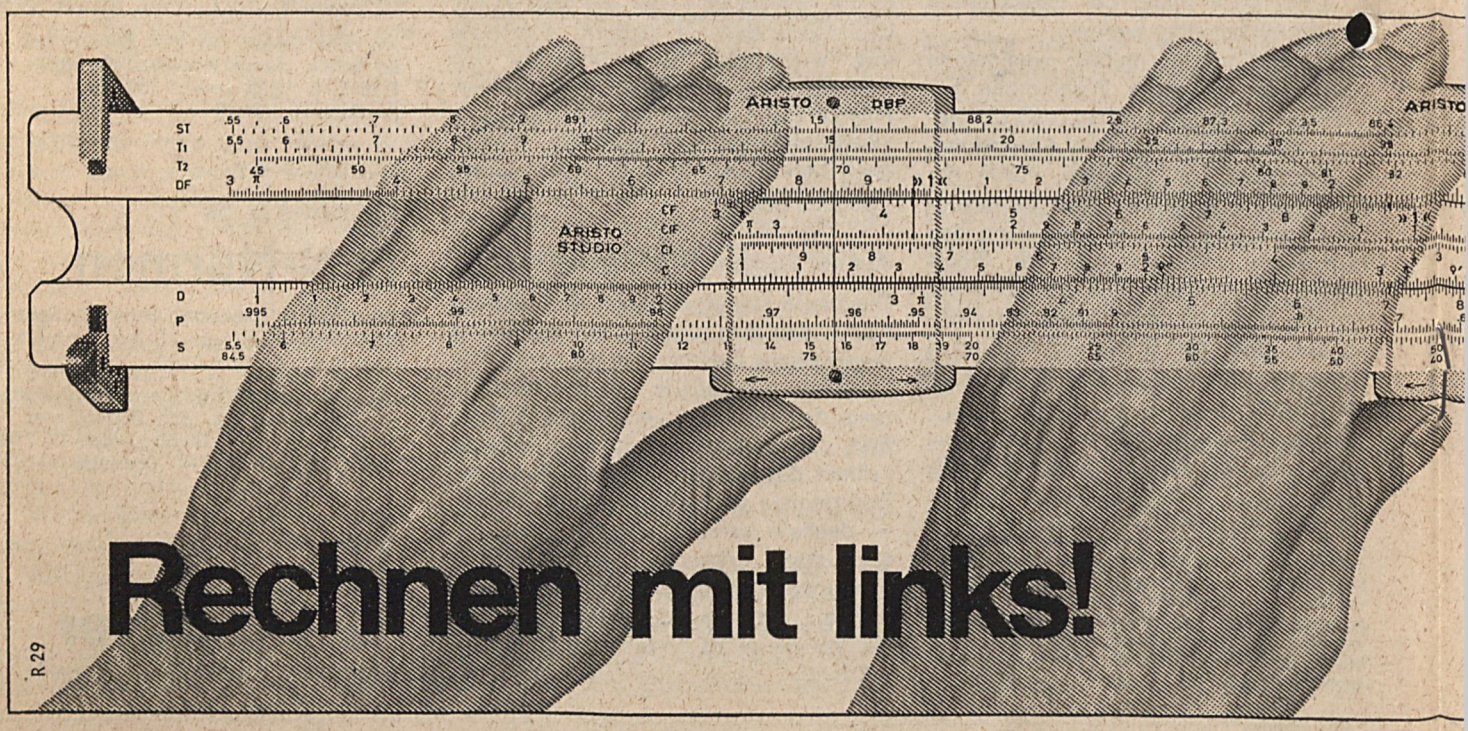
— Durch Wohngeldzuschuß wird der wohnungsmangel um keinen Deut besser;
— die Bauindustrie aber kann ihre enormen Profite mit wohlwollender Unterstützung des Staates machen.

Vergeblich versucht die Bourgeoisie zu verschleiern, was von Tag zu Tag deutlicher wird:
Für die Wohnungsnot gibt es im Kapitalismus keine Lösung!

Weg mit den Illusionen

Bei einer realistischen Einschätzung der Gesetzmäßigkeiten, denen die Ware Wohnraum im Kapitalismus unterworfen ist, nehmen sich die Versuche zur Behebung der studentischen Wohnungsnot einfach lächerlich aus:
Brandmarkung der Vermieter als „Ausbeuter": Wir haben gesehen, daß sich die Studenten damit an die falsche Adresse wenden. Die Vermieter sind nicht die Urheber der Wohnungsnot, sondern nützen sie nur aus. Wer allerdings erwartet, daß eine günstige Marktsituation vom jeweiligen Warenbesitzer nicht zur Prellerei ausgenützt wird, der kann auch vom Fluß verlangen, bergauf zu fließen.
— Prozesse: Nur die besonders verschärfte Situation auf dem Wohnungsmarkt nach dem Krieg konnte die Bourgeoisie dazu zwingen, die Beteiligung der Hausbesitzer an der allgemeinen Prellerei zeitweise einzuschränken. Die Umwandlung der „schwarzen" in „weiße" Kreise ist ein wohlüberlegter Schritt in der Bündnispolitik der Bourgeoisie. Diese Politik mit Hilfe bürgerlicher Gerichte bekämpfen zu wollen, ist einfach naiv. Bester Beweis dafür sind die „Erfoge" der Mietwucherprozesse.
— Wohngeldkampagne: Die Untauglichkeit von Wohngeldforderungen für Studenten kann jeder durch einen kurzen Blick in die Bestimmungen feststellen: Studenten, die ihren ersten Wohnsitz nicht am Studienort haben (etwa 70 Prozent) und gerade deshalb in einer Bruchbude für 90 DM „wohnen" müssen, haben überhaupt keinen Anspruch auf Wohngeld. Der Grund für diese „Ungerechtigkeit": Das Wohngeld ist eben nicht für Studenten bestimmt, sondern als Beruhigungspille für die von der Wohnungsnot am härtesten betroffene Arbeiterklasse.

Nach dem Motto: „Nicht sein kann, was nicht sein darf" riefen dennoch einige besonders schlaue Demagogen die Studenten auf, „massenhaft Wohngeldanträge zu stellen". Das Ziel: „Die Bürokratie verstopfen!" Glaubt jemand ernsthaft, daß aus einer „verstopften" Bürokratie mehr Geld zu holen ist als aus einer funktionierenden?



Fassen wir zusammen: Mit der berechtigten Empörung der Studenten wird Schindluder getrieben, wenn die studentischen Aktionen nicht von einer klaren Einsicht in die inneren Zusammenhänge des kapitalistischen Ausbeutungssystems geleitet werden. Politisierung der Unzufriedenheit kann nie gelingen, wenn die Unzufriedenen mit illusionären Forderungen und falscher Zielsetzung immer wieder ins Leere stoßen. Aufgreifen ökonomischer Forderungen heißt nicht: Stehenbleiben bei der ersten verständlichen Erregung über materielle Mißstände. Eine solche „Politik" gleicht einem blinden Um-sich-schlagen. Wer politische Möglichkeiten vorgaukelt, wo real keine sind, versteckt seine Unfähigkeit hinter Demagogie, was objektiv nur der Bourgeoisie nützen kann! Heißt das nun, daß wir die miserable Wohnsituation vieler Studenten ignorieren dürfen? Keineswegs!

Die wenigen durchsetzbaren Forderungen

— Vereinfachung der Wohnheimverwaltung
— Vermeidung von unnötigem Luxus bei Wohnheimbauten (Palisandertäfelung u. ä.)

können allerdings keinerlei fühlbare Erleichterung bringen. Die einzige Möglichkeit, die schlimmsten Auswirkungen der studentischen Wohnungsnot zu bekämpfen, liegt deshalb im Bereich der Ausbildungsfinanzierung durch den Staat (vergleiche Honnef-Artikel).

Die Forderung

— Finanzierung der tatsächlichen Lebenshaltungskosten aller Studenten außer den Reichen durch den Staat —

muß als eine der zentralen ökonomischen Forderungen von den studentischen Organisationen vorangetrieben werden.

Allseitige politische Agitation — dringendste Pflicht

Als Sozialisten können wir uns allerdings nicht mit der Unterstützung berechtigter Forderungen begnügen. Unsere Hauptaufgabe besteht in geduldiger Kleinarbeit zur ständigen politischen Aufklärung der Studenten über ihre tatsächliche Lage im Kapitalismus. Welche Einsichten können die Studenten aus der korrekten Erkenntnis der Ursachen ihrer Wohnungsnot gewinnen?

— Von der Wohnungsnot sind die Studenten nicht allein und nicht in der Hauptsache betroffen. Die Hauptbetroffenen — die Arbeiterklasse — haben längst erfahren müssen, daß alle Versuche, die Misere im Kapitalismus abschaffen zu wollen, die Realitäten verschleiern und kleinbürgerlichem Idealismus entspringen.

— Die Hauptverantwortlichen für die Wohnungsnot sind nicht irgendwelche Vermieter, sondern die Kapitalisten mit ihrer unersättlichen Profitgier und der Notwendigkeit, die Profitrafferei politisch absichern zu müssen.

— Die „Konjunkturpolitik" der Bourgeoisie, das heißt ihre vergeblichen Versuche, sich vor den selbstverursachten

Bestellt beim Bundesverband:
Friedrich Engels — Zur Wohnungsfrage
Im Eigendruck DM 2,50

ARISTO-STUDIO

Rechnen mit links bedeutet mehrerlei. Erstens kann man es buchstäblich mit der linken Hand erledigen. Rechenstäbe wie der ARISTO-STUDIO haben einen so butterweichen Gang von Zunge und Läufer, daß die Einstellung mit einer Hand möglich ist. Rechnen mit links bedeutet zweitens, daß der Ingenieur sich seiner produktiven und schöpferischen Arbeit völlig widmen kann; denn der klare Skalenaufbau schafft übersichtliche Rechenwege. Das deutliche Teilungsbild ermöglicht hohe Ablesegenauigkeit. Die notwendigen rechnerischen Kontrollen seiner Tätigkeit erledigt er mit der linken Hand.

ARISTO-WERKE · DENNERT & PAPE KG · 2 HAMBURG 50 · POSTFACH 50 0380

Zimmermieten

Krisen zu retten, ist kein Jonglieren irgendwelcher Volkswirtschaftler mit mehr oder weniger rätselhaften „Gesetzen der Marktwirtschaft". Damit werden vielmehr die Folgen der kapitalistischen Anarchie auf große Teile der Bevölkerung — einschließlich vieler Studenten — abgewälzt. Beispielsweise durch hohe Mieten werden die Auswirkungen der „Hohen Finanzpolitik" für den Einzelnen sehr materiell und sehr fühlbar.

Die Leistungsideologie („Leistung als Maßstab für eine privilegierte Stellung in der Gesellschaft") erweist sich als Propagandalüge der Bourgeoisie. Die von der extremen Prellerei im Wohnsektor mitbetroffenen Studenten, Angestellten und kleinen Beamten „leisten" für die Fortentwicklung der kapitalistischen Gesellschaft sicherlich mehr als die schmarotzenden Haus- und Grundbesitzer. Die Bündnispolitik der Bourgeoisie basiert jedoch nicht auf der Leistung, sondern auf dem gegenwärtigen politischen Nutzen der jeweiligen Bündnispartner.

Die gescheiterten Mietwucherkampagnen haben gezeigt:

Auch die Studenten bekommen die Auswirkungen der kapitalistischen Widersprüche als Verschlechterung ihrer Lage zu spüren. Sie können aber von sich aus die Zusammenhänge dieser Verschlechterung mit dem kapitalistischen Ausbeutungssystem nicht korrekt erkennen. Diese Erkenntnis muß ihnen durch die konkrete Analyse ihrer konkreten Situation vermittelt werden. So können illusionäre und reaktionäre Forderungen der Studenten entlarvt und die Widersprüche des Kapitalismus von der studentischen Praxis her erklärt werden.

Aus „roter pfeil", Tübingen

Im November 1970
erscheint die neue Ausgabe des Handbuches
„der junge ingenieur"

Zum deutsch-sowjetischen Vertrag

Am 12. August unterzeichneten Bundeskanzler Brandt und der sowjetische Ministerpräsident Kossygin nach zähen Verhandlungen in Moskau einen Vertrag über einen gegenseitigen Gewaltverzicht. Dieser Vertrag ist für die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung in Europa von großer Bedeutung.

Die vertragsschließenden Parteien sind von der realistischen Einschätzung der politischen Situation in Europa nach dem zweiten Weltkrieg ausgegangen. Sie haben erkannt, daß sich die tatsächliche Lage nicht durch Gewalt verändern läßt. Welche Gründe mag die Bundesregierung gehabt haben, einen solchen Vertrag zu schließen und damit von der liebgewordenen, allen Widerständen zum Trotz verteidigten Illusion abzurücken, einer deutschen Wiedervereinigung in Form einer Angliederung der DDR und der ehemaligen deutschen Ostgebiete an das politische und ökonomische System der BRD herbeizuführen.

In der nunmehr über fünfzigjährigen Geschichte des Sozialismus in der Sowjetunion sind vom russischen Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei ungeheure Leistungen erzielt worden. Es hieße aber die Augen vor der Realität zu verschließen, wollte man nicht zugeben, daß es in der sowjetischen Wirtschaft Mängel in der Güterversorgung, insbesondere der Konsumgüterproduktion gibt. Diese wirtschaftlichen Gründe, so weiß denn auch die westliche Presse zu berichten, waren die Beweggründe der sowjetischen Regierung zum augenblicklichen Zeitpunkt diesen Vertrag zu schließen.

Die Unterstützung, eines in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Landes, durch die BRD zudem eines sozialistischen, soll sicher nicht aus Nächstenliebe geschehen. Die in den letzten Jahren auf den internationalen Märkten in zunehmend scharfe Konkurrenz geratenen bundesdeutschen Konzerne wittern hier ein großes Geschäft, daß ihnen die begehrten Extraprofite, unabhängig von der Inlandskonjunktur, auf Jahre sichern kann. Der Bundeskanzler hatte den Fuß noch nicht richtig auf dem heimischen Boden gesetzt, als die deutschen Industriemanager bereits über das Vertragswerk frohlockten und ihre Exportabsichten kundtaten. (Berthold Beitz vom Krupp-Konzern: „Wir haben am Osthandel immer verdient"). Konkreter wurde der Daimler-Benz-Konzern, der die Absicht bekannt gab, in der Sowjetunion ein riesiges LKW-Werk zu errichten. Die Chemie- und Stahlkonzerne werden dem nicht nachstehen wollen.

Ein Vertrag, der in erster Linie der dem friedliebenden Zusammenleben der Völker in Europa dienen soll, ist damit zu einem profitablen Geschäft für die westdeutschen Monopolkonzerne geworden. Der Bundesregierung kann diese Seite des Vertrages nicht entgangen sein, sie muß es vielmehr bereits fest eingeplant haben, denn noch in diesem Jahr werden die Bundesminister Leussink (Wissenschaft u. Forschung) und Schiller (Wirtschaft) in die Sowjetunion reisen, um das Feld zu sichern. Eine solche Politik hätte man, der von Unternehmerinteressen beherrschten CDU zugetraut, die nun Schwierigkeiten hat, ihre revanchistisch-imperialistischen Politik eines Herrn Strauß hinter die Interessen des Großkapitals abzudrängen. Die SPD-Regierung, die weiterhin vorgibt, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten, hat sich hier aber einmal mehr zum willigen Lakaien des westdeutschen Großkapitals gemacht, dessen Profite sie durch imense Bürgschaften (1 Milliarde — für das Daimler-Benz-Werk) zu sichern gedenkt.

Diese sozial-liberale Regierung entfaltet sich mehr und mehr zu einer sozialreaktionären, die von den Interessen des Monopolkapitals beherrscht wird. Während sie der Industrie neue profitable Märkte erschließt, verordnet sie der arbeitenden Bevölkerung Lohnsteuervorauszahlungen, unternimmt nichts gegen Preissteigerungen und Mietwucher, bremst Lohnforderungen und das alles unter dem Deckmäntelchen des „Gemeinwohles".

Der deutsch-sowjetische Vertrag soll dem friedlichen Zusammenleben der europäischen Völker dienen und damit dem arbeitenden Menschen in Ost und West. Bisher hat er nur einem genutzt: dem westdeutschen Großkapital.

Wolfgang Knab

Studienförderung

Honnef — ein bitteres Zuckerbrot

Im Jahr 1955 trafen sich in Bad Honnef Vertreter der Bourgeoisie in Sachen Ausbildung zur Hochschulreform-Konferenz und konzipierten die Empfehlungen zur Studienförderung nach dem Honnefer Modell.

Diese 1957 eingerichtete Ausbildungsförderung charakterisierte der damalige Ministerialrat im Bundesinnenministerium, Dr. K. F. Scheidemann in einem Vortrag vor der Westdeutschen Rektorenkonferenz am 7. 1. 1958 folgendermaßen: „Welche Veranlassung hat die öffentliche Hand, für die Förderung von Studenten jährlich Millionenbeträge aus Steuermitteln bereitzustellen? Nun, einfach diese: Die Gesellschaft braucht den wissenschaftlichen Nachwuchs — nicht in dem vordergründigen Sinn, daß man Nachwuchs für bestimmte Berufe braucht; das ist allerdings die Meinung der östlichen Regierungen, die vermutlich gigantische Armeen von Technikern, Ingenieuren und Lehrern zur Durchführung ihrer Wirtschaftspläne aufbauen. Ich meine, daß wir Studenten fordern sollten, weil es uns darauf ankommen muß, die kritischen, fragenden Köpfe um dieser Qualität willen aufzuspüren und zur freien Wirkung zu bringen."

An dieser Konzeption hat sich auch nach den neuesten Richtlinien vom 2. 1. 1970 noch nichts geändert: die Honnef-Förderung ist eine Begabtenauslese unter den Bedürftigen.

Hürdenlauf

Wie „bringt man die kritischen fragenden Köpfe zur freien Wirkung?" Wie sieht die Praxis der Honnef-Förderung aus?

Um eine Förderung zu bekommen, muß zuerst ein langwieriger Formularkrieg geführt werden, der sowohl den Studenten wie auch ihren Eltern auf die Nerven geht: den Studenten, weil sie viel Zeit damit verbringen müssen, vor der Honnef-Förderungsstelle im Studentenwerk Schlange zu stehen, den Eltern, weil der alljährliche Sozialstriptease nicht jedermanns Sache ist, besonders wenn sie sich nicht so gut darin auskennen.

— Jeder Geförderte muß über jedes Semester einen Studienbericht abgeben. Die nomalen, für jeden Studenten gültigen Eignungskontrollen sind für den Honnef-abhängigen Studenten verschärft: entweder muß er bessere Noten in Zwischenprüfungen oder Scheinen erbringen, oder er muß gesonderte Eignungsprüfungen ablegen, die oft viel schärfer verlaufen als normale Prüfungen, denn für die Dozenten bedeuten sie eine zusätzliche Belastung — sprich Belästigung, was sich oft auf die Beurteilung negativ auswirkt.

— Das Geld kommt mit teilweise erheblicher Verspätung. Kein Wunder bei einem derartig aufgeblähten Verwaltungsapparat (siehe unten) und den komplizierten Berechnungsgrundlagen, die zu durchschauen selbst Fachleuten Mühe macht.

Mästung der Bürokratie

Was kostet die Bourgeoise die Honnef-Förderung?

Im ersten Halbjahr 1968 bekamen knapp 20 % aller westdeutschen Studenten Honnef-Förderung, davon ein Drittel den vollen Förderungsbetrag (320 DM pro Monat). Der durchschnittliche Förderungsmeßbetrag belief sich auf rund 200,— DM (Zahlen nach dem Deutschen Studentenwerk). Anfang 1970 war der Durchschnittsbetrag auf 255,— DM, die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten (incl. Kleider, Bücher usw.) aber schon auf 520,— DM gestiegen. Im Jahre 1965 wurden für die Honnef-Förderung insgesamt 245,8 Mio DM vom Bund (60 %) und von den Ländern (40 %) aufgewendet; im gleichen Zeitraum wurden 18,6 % der Studenten mit durchschnittlich 185,92 DM pro Monat „gefördert" das macht ca. 102 Mio DM aus. Es verschwinden somit 58,5 % der bereitgestellten Mittel in einem aufgeblähten Verwaltungsapparat. Über die Hälfte des Geldes versickert also im Morast der Bürokratie!

Übel springt man auch mit den Leuten vom 2. Bildungsweg um. Die Eltern sind in der Regel nach einer abgeschlossenen ersten Berufsausbildung nicht mehr zur Finanzierung eines weiteren Bildungsabschnittes, Hochschulstudium auf dem 2. Bildungsweg oder Zweitstudium, verpflichtet. Vergleiche z. B. das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 12. 6. 1964 C 146.63. Dementsprechend stellte der Hauptförderungsausschuß der Uni Tübingen in seiner Sitzung vom 10. 12. 1964 fest, daß „Zweitstudien (2. Bildungsweg) grundsätzlich nach dem Honnefer Modell zu fördern sind. Das Einkommen der Eltern bleibt außer Betracht, weil nach bürgerlichem Recht keine Unterhaltspflicht bzw. Berufsausbildungspflicht mehr besteht."

R. Oldenbourg
Verlag
München - Wien

Ulrich WEYH

Aufgaben zur Schaltungsalgebra

1970. 101 Seiten, 30 Aufgaben mit ausführlichen Lösungen, 77 Abbildungen, eine Zusammenstellung der wichtigsten Begriffe und Regeln der Schaltungsalgebra als Orientierungshilfe, Gr.-8°, flexibler Kunststoff DM 14,80.

Aber bei dieser günstigen Regelung blieb es nicht lange! Das Deutsche Studentenwerk meldete erhebliche Bedenken gegen diesen Beschluß an (lt. Protokoll des Hauptförderungsausschusses vom 5. 7. 1965). Danach wurden die Zügel etwas straffer angezogen. Dem KuMi aber reichte auch das nicht. Als der Hauptförderungsausschuß am 14. 11. 1967 über die bereits stark eingeschränkte Regelung Rapport erstattete, wurde er vom KuMi wie folgt zurechtgewiesen und unter Aufsicht gestellt. (Siehe Kasten, Dok. Erlaß vom 18. 12. 67).

Aus verschiedenen Gerichtsurteilen geht klar hervor, daß ein klagbarer Anspruch auf Unterstützung für ein Studium auf dem 2. Bildungsweg nicht besteht.

Die idiotische Begründung, es sei unerheblich, „ob ein klagbarer Anspruch auf den nach der Bedarfsberechnung unterstellten Betrag (der Unterstützung

Studienförderung

durch die Eltern) bestehe oder nicht" zeigt klar, was man höheren Orts' vom 2. Bildungsweg hält.
Aber diese Mißstände und Hürden, die nur von cleveren Leuten übersprungen werden können, täuschen uns nicht darüber hinweg, daß die Honnef-Förderung für die Bourgeoisie einen eminenten Nutzen besitzt.

Honnef — ein Instrument kapitalistischer Bündnispolitik

Die Bourgeoisie braucht zur Aufrechterhaltung ihrer Macht nicht nur Bündnispartner aus den privilegierten Schichten des Kleinbürgertums, also Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, die ganze höhere Beamtenschaft usw., deren Bestechung sie sich einiges kosten läßt, sie ist auch angewiesen auf ein Heer von genügsamen, gehorsamen Bündnispartnern aus den Unterschichten des Kleinbürgertums. Dafür will sie nicht allzuviel Geld ausgeben. Fürs Hochschulstudium kann sie nur ganz bestimmte Leute aus dem unteren Kleinbürgertum gebrauchen. Der schon zitierte Scheidemann meint dazu: „Soll die Gesellschaft nun alle Studenten fördern? Gewiß nur die Bedürftigen unter den Studenten. Unter den Bedürftigen aber nur die Begabten, denn nur sie besitzen die Qualitäten, auf die es ankommt . . . Es ist klar, daß diese Begabtenförderung ihrem ganzen Wesen nach alles andere ist als eine fürsorgerische Maßnahme. Sie soll keine Not lindern aus caritativen Erwägungen. Sie ist vielmehr eine gezielte hochschulpolitische Überlegung zu der Frage, wie fördert man die zur Erhaltung der geistigen und politischen Freiheit unerläßlichen Potenzen — die Begabtenförderung ist auch kein generelles Studienhonorar, wohl aber, wenn man so will, ein Studienhonorar für die Begabten."
Daß die Bestechungsgelder den Richtigen zukommen und daß die Sache nicht zu teuer wird, dafür ist im Kapitalismus gesorgt! Für eine Familie mit 2 unversorgten Kindern liegen die Einkommensrichtsätze zwischen 990,—— DM bei maximalem Förderungsbetrag von 350,— DM, und 1670,— DM bei minimalem Förderungsbetrag von 10,— DM.
1968 lagen ca. 80 Prozent der privaten Haushalte in der BRD unterhalb der oberen Grenze. In demselben Jahr wurden aber nur 20 Prozent aller Studenten Honnef-gefördert, nur 1/3 erhielt den vollen Betrag von 350,— DM. Berücksichtigt man, daß ein Teil der „förderungswürdigen" Studenten keinen Antrag gestellt hat, somit nicht in den angeführten 20 Prozent enthalten ist, so kann man daraus schließen: ungefähr 3/4 aller Studenten stammen sowieso aus den privilegierten Schichten des Kleinbürgertums und aus der Großbourgeoisie (Ärzte, Anwälte, höhere Verwaltungsbürokratie, Ordinarien, Apotheker, Unternehmer, oberes Management). Die 20 Prozent, die es dann geschafft haben, zeichnen sich schon darin durch besondere Cleverness aus (als „kluge Köpfe"), daß sie sich durch die komplizierten Bestimmungen der Honnef-Förderung hindurchgefunden haben.
Mit 900,— DM Monatslohn und zwei Kindern erfüllt eine Arbeiterfamilie zwar ausgezeichnet die Honnef-Richtlinien; diese soziale Lage sorgt aber schon vorher dafür, daß es gar nicht soweit kommt. Honnef ist für sie eine Wurst, die 3 Meter über dem Boden hängt: sie riecht zwar gut, ist aber nicht zu erreichen:
Obwohl 57 Prozent der Bevölkerung aus Arbeiterfamilien stammen, beträgt der Anteil an studierenden Arbeiterkindern nur 4—5 Prozent.
Aber die vielen unteren Kleinbürger und die Arbeiter, deren Kinder nach Meinung der Bourgeoisie zu dumm für eine lohnende Förderung sind, darf sich die Bourgeoisie auf keinen Fall verprellen. Ihnen werden dauernd die 20 Prozent vorgehalten, die es geschafft haben — ihnen wird dauernd gezeigt: Ihr habt ja auch die Möglichkeit — der Staat sorgt ja auch für das Studium eurer Kinder! Ihnen wird dauernd etwas vorgegaukelt. Denn die Bourgeoisie hat gar kein Interesse an einer besseren Ausbildung breiter Bevölkerungsschichten.
Die 20 Prozent geförderten Studenten erfüllen hier eindeutig für die Bourgeoisie die Alibifunktion gegenüber dem großen Prozentsatz der „nichtbegabten Bedürftigen", daher „Förderungsunwürdigen".
Warum muß die Bourgeoisie die klugen Köpfe aus allen Klassen herausziehen?
Sie hat das dringend nötig, um die Konkurrenzfähigkeit mit anderen kapitalistischen Ländern, besonders aber den Kampf gegen den Sozialismus aufrechterhalten zu können. Nach Meinung des Wissenschaftsrats (1960) sind Bildung und Ausbildung zu einem „zentralen Faktor der modernen Welt" geworden; sie sind von „fundamentaler Bedeutung für das Gedeihen einer Nation und für den Ausgang des gegenwärtigen Wettstreits der Staaten und Systeme". „Deshalb kommt es auch in der BRD darauf an, die Begabten zu fördern, ja, zu suchen, — frei von allen ideologischen Verstrickungen. Die Begabtenförderung ist eine gesellschaftliche Verpflichtung. Es gilt, alle vorhandenen Begabungen voll zu entwickeln." (Juristenzeitung 1962, 349).

Wie versucht nun die Bourgeoisie alle vorhandenen Begabungen in ihrem Sinne und für ihre Interessen zu entwikkeln?

Mit der Honnefbürste wird der Nachwuchs gestriegelt

Die zur „Erhaltung der geistigen und politischen Freiheit unerläßlichen Potenzen", d. h. auf bourgeois das zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse notwendige Heer von genügsamen und willfährigen Spezialisten in Industrie und Verwaltung muß voll auf die Linie der Bourgeoisie gebracht werden. Die in Schule und Elternhaus schon recht gut gediehene Anpassung wird vervollkommnet auf der Hochschule durch
erzwungene Studienzeit;
verschärfte Begabungsauslese durch zusätzliche Prüfungen oder Forderung von guten Noten in Zwischenprüfungen.
Belohnungsversprechen bei kürzerer Studiendauer.

Die Familienabhängigkeit wird über das ganze Studium aufrechterhalten, wenn auch in geringerem Maße als bei den Studenten, die nicht Honnef beziehen.

Dafür ist über direkte Bindung des Nachwuchses an die Bourgeoisie eine bessere Lenkung und Kontrolle möglich.

Wer geht leer aus?

Die Arbeiterklasse hat von der Ausbildungsförderung fast gar nichts; nur 4 bis 5 Prozent der Studenten stammen aus Arbeiterfamilien, obwohl 57 Prozent der Bevölkerung dieser Klasse angehören. Aber es ist die Arbeiterklasse, die den größten Prozentsatz der „Millionenbeträge aus Steuergeldern" für Ausbildungsförderung erarbeitet. Den Arbeitern wird vorgegaukelt, sie könnten an dieser „Sozialleistung" teilhaben, die großzügige Bourgeoisie gewähre ihnen diese Vergünstigung. Dabei sind die dazwischen liegenden Barrieren, bis überhaupt ein Kind aus der Arbeiterklasse zu einem Studium kommt, für die meisten von ihnen unüberwindbar und sollen es auch bleiben. Hat es dann einer geschafft, dann muß er, dem seine Familie bestimmt nichts dazugeben kann, sich mit kümmerlichen 350,— DM pro Monat für Essen, Wohnung, Kleidung, Bücher usw. begnügen und wird scharfen Leistungskontrollen unterworfen. (Die vom Deutschen Studentenwerk, vom VDS und vom Wissenschaftsrat geforderten Mindestbeträge liegen dagegen bei 520 bis 560 DM pro Monat). Will er den völlig unzureichenden Förderungsbetrag durch Ferienarbeit etwas ausbessern, so sind ihm mit 1500,— DM pro Jahr Grenzen gesetzt. Was er darüber verdient, wird ihm vom Honnefbetrag abgezogen.

Er ist also zu extremer Einschränkung oder zu Schwarzarbeit mit allen damit verbundenen Konsequenzen (kein Unfallversicherungsschutz!) gezwungen.

Honnef schadet den Studenten

Honnef schadet allen Studenten. Warum? Die Eignungsprüfungen stehlen den Dozenten zusätzlich wertvolle Zeit, die natürlich in der Lehre eingespart wird.

Honnef schadet den Honnefstudenten im Besonderen: Sie bekommen zwar Geld von der Bourgeoisie, müssen sich aber auch ihrer direkten Kontrolle unterwerfen. Die Familienabhängigkeit ist kaum vermindert; der jährlich neu beginnende Hürdenlauf über die Instanzen schafft immer neuen Konfliktstoff. Wegen des geringen Förderungsbetrags sind sie auf elterliche Zuschüsse angewiesen.

Die Studenten sind über die Praxis der Ausbildungsförderung schon lange unwillig. Darum ist eine schon seit langem aufgestellte studentische Forderung: familienunabhängige Ausbildungsförderung.

Bewährte Teubner-Bücher in Neuauflage

Wendehorst
Bautechnische Zahlentafeln
16. Auflage. 1970. Geb. DM 23,—

Moeller/Vaske
Elektrische Maschinen und Umformer
Teil 1: Aufbau, Wirkungsweise und Betriebsverhalten
11. Auflage. 1970. Kart. DM 34,—

Klein
Einführung in die DIN-Normen
6. Auflage. 1970. Geb. DM 39,—

Heumann/Stumpe
Thyristoren
2. Auflage. 1970. Geb. DM 52,—

B. G. TEUBNER
Stuttgart

Die Bourgeoisie scheint einsichtig

In den letzten Monaten haben sich flexiblere Kräfte innerhalb der Bourgeoisie diese Forderung zu eigen gemacht, der Wissenschaftsrat (WR) und die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK). Diese zum Teil progressive Forderung trägt aber eindeutig den Klassenstempel der Bourgeoisie. Im Kapitalismus ist es eine objektiv notwendige Entwicklung, daß die Bourgeoisie immer mehr Erziehungsfunktionen aus der Familie herauslösen muß und unter eigene, direkte Kontrolle nimmt. Die kollektive Kontrolle aller Studenten erleichtert der Bourgeoisie die angestrebte, teilweise schon durchgeführte Verkürzung der Studiendauer durchzusetzen. Denn diese ist dann verbunden mit der verkürzten Förderungsdauer und den durch die Ausbildungsförderung „gerechtfertigten" schärferen Leistungskontrollen für alle. Ohne großen Kostenaufwand kann die Bourgeoisie auf diesem Weg die Ausbildungskapazitäten an der Hochschule besser nutzen, den offenen numerus clausus abbauen, die von ihr geplante „Studienreform" vorantreiben.

Was durch Studienreformpläne, Hochschulgesetze und riskante Zwangsmaßnahmen (wie z. B. Zwangsexmatrikulation) nicht gelingt, soll nun mit dem Druck auf den Geldbeutel durchgesetzt werden!

Mit der familienunabhängigen Förderung arbeitet sie in die Tasche ihrer best verbündeten Schichten im Kleinbürgertum (Bündnispolitik durch Bestechungsgelder).

Wir müssen klar sehen, daß wir diese Entwicklung insgesamt nicht aufhalten können. Das wäre auch völlig falsch! Ebenso falsch ist es zu fordern: Arbeiterkinder an die Universitäten! Denn solange die Bourgeoisie die Macht in der Hand hat, solange sie die Arbeiterklasse ausbeutet, läßt sich solch eine Forderung gar nicht durchsetzen und würde den Arbeitern auch gar nichts nützen. Denn es ändert sich die ökonomische und politische Lage der Arbeiterklasse als Ganzes nicht.

Wie wehren wir uns?

Wir müssen das organisierende Moment der familienunabhängigen Förderung ausnützen. Denn mit Hilfe der von der Bourgeoisie angestrebten familienunabhängigen Förderung betreibt sie die geplante, teilweise schon durchgeführte drastische Studienzeitverkürzung, die verschärfte Auslese, den stärkeren Zwang zur Spezialisierung innerhalb der Studiengänge usw. Das verschlechtert aber zugleich die Lage vieler Studenten, schließt sie enger zusammen und verschärft damit die Widersprüche an den Hochschulen.

2. Die größten Frechheiten werden wir bekämpfen. Es geht nicht an, daß Kinder aus der Großbourgeoisie und aus dem oberen Kleinbürgertum genau so gefördert werden wie Kinder aus sozial schwachen Familien.

Studienförderung

Deshalb heißt unsere Forderung:

Volle Ausbildungsförderung aller Studenten mit Ausnahme der reichen!

Das heißt: nur volle Stipendien, keine Zwischenstufen! Volle Ausbildungsförderung von Anfang an, auch in den Semesterferien!

Genauere Angaben über die obere Grenze werden wir nach einer schon begonnenen eingehenden Analyse der Vermögens- und Einkommensverhältnisse in der BRD vorlegen.

Dazu ist im einzelnen zu fordern:

1. Einfaches Ermittlungsverfahren zur Feststellung der Förderungsgrenze.

2. Vereinfachung der Verwaltung.

3. Wegfall der Eignungsauslese.

4. Orientierung der Förderungsdauer an der durchschnittlichen Studiendauer! Wir können es uns nicht bieten lassen, daß die Bourgeoisie eine Förderungsdauer serviert, die die tatsächlichen miserablen Studienbedingungen verschleiert und die gar nicht eingehalten werden kann!

5. Erhöhung des Förderungsbetrages auf einen den derzeitigen Lebenshaltungskosten angemessenen Betrag! Kontinuierliche Anpassung dieses Betrages an die laufende Teuerung!
Wie können unsere Vorschläge finanziert werden?

Wegfall des Kindergeldes (50,-DM) für Studierende, da ja die Bourgeoisie die Unterhaltspflicht übernimmt.

Verwaltungsvereinfachung: durch einfaches Ermittlungs- und Antragsverfahren kann der horrende Anteil von mehr als 50 Prozent an Verwaltungskosten drastisch eingeschränkt werden.

Wegfall der Kinderfreibeträge. Wenn die Eltern für die Ausbildung der Kinder an der Hochschule nicht mehr aufkommen müssen, brauchen sie auch keine Steuerfreibeträge mehr!

Diese Forderungen können also verwirklicht werden, ohne daß die zusätzlichen Belastungen auf die ohnehin schon am stärksten belastete Arbeiterklasse abgewälzt werden.

Wie können wir die derzeitige Honnefpraxis für die Studenten verbessern?

1. Einrichtung einer zentralen Honnef-Abteilung beim Studentenwerk.

Die Honnef-Praxis muß vereinheitlicht und durchsichtig gemacht werden. Es geht nicht an, daß sich Dozenten mit diesen Verwaltungsarbeiten beschäftigen, sie sollen in die Lehre gehen.

2. Stärkung der Studentenvertreter in den Förderungsausschüssen und im Hauptförderungsausschuß.

Ein studentischer Vertreter ist nur durch Kontrolle stark. Deswegen sollen die Studentenvertreter durch die Fachschaftsorgane bestimmt werden. Die Honnef-Studentenvertreter müssen zusammenarbeiten und die Honnef-Studenten informieren und beraten. Intensive Arbeit erfordert Bezahlung; deshalb sollen diese Studentenvertreter bezahlt werden.

3. Wahl der Förderungsdozenten durch die Fachschaft-Organe! Dabei muß der ganze Lehrkörper in die Wahl einbezogen werden können.

4. Stärkeres Mitspracherecht der Studentischen Vertreter im Hauptförderungsausschuß (in den meist Widerspruchsfälle behandelt werden). Alle studentischen Vertreter der Einzelausschüsse sollen in den Hauptförderungsausschuß, ebenfalls die Förderungsdozenten.

Unsere Forderungen sind nicht aus der Luft gegriffen.

Abhängiger geht's nicht

Wohngeld wird Lehrlingen, Schülern und Studenten deshalb nicht gezahlt, weil sie als vorübergehend vom Elternhaus abwesend betrachtet werden. Sehen wir einmal davon ab, daß diese Einstufung unhaltbar ist! (Siehe dazu besonderen Artikel!)
Hinter der Argumentation, der in der Ausbildung Stehende sei weiterhin dem Haushalt der Eltern zuzurechnen und somit nur vorübergehend abwesend, steht die herrschende Auffassung, der Schüler, Lehrling oder Student sei von zuhause abhängig (zu halten). Diese herrschende Auffassung wird im Ausbildungsförderungsgesetz und anderen Gesetzen zementiert. Wenn wir also Wohngeld fordern, müssen wir konsequenterweise als die eigentliche Ursache der Wohngeldverweigerung die gegenwärtig praktizierte Ausbildungsförderungspolitik als Ausdruck der Familienabhängigkeitsideologie analysieren und bekämpfen.
Nach der derzeitig gültigen Ausbildungsförderungsgesetzgebung wird der Familie die Kosten für die Ausbildung ihrer Kinder aufgelastet. Der Staat tritt nur dann helfend ein, wenn im Einzelfall die Familie nicht dazu in der Lage ist, die Ausbildung zu finanzieren. Aus dieser Praxis ergeben sich soziale Ungerechtigkeiten, die weitgehend bekannt sind. (Sie sollen an anderer Stelle erörtert werden).
Am Prinzip der familienabhängigen Ausbildungsförderung wird festgehalten, obwohl. . .
1. Dies in krassem Widerspruch zur wirklichen gesellschaftlichen Funktion von Ausbildung steht. Diejenigen, die primär Nutzen aus unserer Ausbildung ziehen, nämlich die privaten Unternehmer und der Staat, an die wir nach Abschluß unseres Studiums unsere Ar-

beitskraft verkaufen müssen, tragen praktisch nichts zu den Ausbildungskosten bei. Dies könnte etwa geschehen durch eine konsequente Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

2. Dies in krassem Widerspruch zum Grundgesetz steht: Der Staat, der vorgibt „Freiheit der Berufsausbildung" zu garantieren, tut gerade nichts, um den grundgesetzlichen Anspruch zu realisieren. — Es gilt auch hier: Freiheit nur bei Gleichheit. Freiheit der Berufsausbildung nur gleichen (finanziellen) Voraussetzungen. Solange aber die Ausbildungskosten weiterhin von der einzelnen Familie getragen werden, fehlen eben diese gleichen Voraussetzungen und Möglichkeiten, ist und bleibt „Freiheit der Berufsausbildung" eine leere Phrase. Die bestehenden Stipendiensysteme sind bestenfalls geeignet, die gröbsten Ungerechtigkeiten zu vertuschen. Chancengleichheit und damit Freiheit der Berufsausbildung läßt sich nur dann optimal verwirklichen, wenn an alle Schüler, Studenten und Lehrlinge ein gleiches, ausreichendes, an keine Vergabebedingungen gebundenes Ausbildungshonorar gezahlt wird. Die gegenüber dem Honnefer Modell entstehenden Mehrkosten von 2,0 Milliarden DM — ausgegangen von einem Ausbildungshonorar von 400,- DM monatlich — ließen sich, wie bereits oben erwähnt, durch eine entsprechende progressive Gesetzgebung o. ä. aufbringen. Zur Information: Das Honnefer Modell hat einen Etat von 14 Mrd. DM. Der Hauptanteil dieses Etats fällt auf den ungeheuren Büro- und Verwaltungsapparat, der bei Zahlung eines Ausbildungshonorars auf ein Minimum reduziert werden könnte.

Warum wird trotz der klaren, eindeutigen Forderung des Grundgesetzes und der klaren, eindeutigen Funktion von Ausbildung weiterhin am Prinzip der familienabhängigen Ausbildungsförderung festgehalten?

1. Würde der Staat und die privaten Unternehmer stärker in die Ausbildungsfinanzierung durch eine familienunabhängige Ausbildungsförderung einbezogen, würde das bedeuten, daß diese nicht mehr wie bisher einen so großen Teil ihrer Gewinne profitmaximierend anlegen könnten. Denn das in den Ausbildungssektor investierte Geld wäre zunächst einmal „totes Kapital", d. h. es bringt nicht wie Industrieinvestitionen eine derart hohe Profitrate. Deshalb wälzt der Staat als Geschäftsführer des Großkapitals durch Schaffung entsprechender Gesetze die Ausbildungskosten auf die einzelne Familie ab. Welche Folgen es allerdings hat, Kapital einseitig zur schnellen Profitmaximierung zu verwenden und dabei den Ausbildungssektor zu kurz kommen zu lassen, sei nur am Rande erwähnt: Die Hochschulen sind z. B. zu klein, es gibt zu wenige, die Einrichtungen sind total veraltet, überall wird der Numerus Clausus eingeführt (was allerdings auch noch andere Gründe hat) . . .

2. Abhängigkeit führt immer zur Anpassung an den, vor dem man abhängig ist. Auf unseren konkreten Fall bezogen heißt das: Der in der Ausbildung Stehende wird durch wirtschaftliche Abhängigkeit vom Elternhaus gezwungen, sich an elterliche, d. h. gesellschaftliche Vorstellungen anzupassen. Dieser Zwang zur Anpassung beginnt schon bei der Wahl der Ausbildung, wo Erwartungen des Elternhauses ausschlaggebend sind, und setzt sich fort in der Androhung finanzieller Repressionen für den Fall, daß sich der in der Ausbildung Stehende von familiären, d. h. gesellschaftlichen Normen löst, allgemeinpolitische Zusammenhänge erkennt und sich als Folge davon von der Familie weg emanzipiert. — Der staatliche Stipendiengeber übt den Anpassungszwang durch großen Leistungsdruck aus, d. h. dadurch, daß er den Stipendiaten durch zusätzlich geforderte Leistungsnachweise, von denen die Stipendienvergabe abhängig gemacht wird, in materieller Unsicherheit hält.

Diehl

Wir stellen

2 junge BETRIEBSINGENIEURE

ein. Praxis ist nicht unbedingt erforderlich. Unsere künftigen Mitarbeiter sollen eine Ausbildung als Maschinenbau- oder Fertigungsingenieur haben. Sie sollen in die Position eines Fertigungsleiters hineinwachsen.

Unser Unternehmen liegt im Saarland. Es stellt Einzelteile in Groß-Serien her, keine Montage, kennt alle Arten der Metallverarbeitung einschließlich Oberflächen- und Wärmebehandlung.

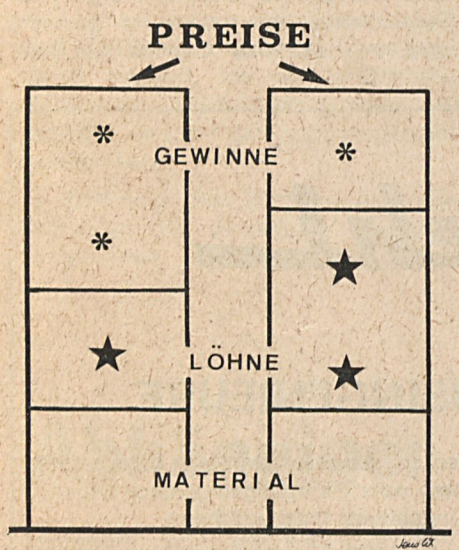
Geboten wird ein hohes Anfangsgehalt. Unsere sozialen Leistungen entsprechen der Bedeutung des Unternehmens.

Bewerbungsunterlagen mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften erbitten wir umgehend an

KARL DIEHL
ZWEIGWERK DER FIRMA DIEHL NÜRNBERG
6619 Mariahütte/Saar
Fernruf: 0 68 73 / 811

Streiksolidarität

Die IG-Metall hat die Tarifverträge für die Beschäftigten der Metallindustrie gekündigt. Die Gewerkschaft fordert eine 15prozentige Lohnerhöhung und die Absicherung bisher freiwilliger Leistungen. Mit diesen Verbesserungen soll der Einkommensrückgang ausgeglichen werden, den Arbeiter und Angestellte durch die Preissteigerungen der letzten Monate erlitten haben. Doch bereits vor Beginn der Tarifverhandlungen haben die Arbeitgeber ihr Klagelied angestimmt und mit neuen Preissteigerungen gedroht. Immer wieder wird das alte Märchen von der Lohn-Preis-Spirale aufgetischt. **Es ist aber kein Naturgesetz, daß steigende Löhne zu steigenden Preisen führen müssen. Denn: Steigende Löhne erhöhen den Preis nicht, wenn sich die Gewinne entsprechend vermindern!**



In den Jahren 1968/69 sind aber die Gewinne der Metallindustrie um 14 bzw. 30 Prozent gestiegen. (Die Adam Opel AG erzielte in den letzten drei Jahren einen Gewinn von DM 917 Millionen). Die Löhne und Gehälter wuchsen dagegen nur um 7 bzw. 11 Prozent. Echte Verbesserungen der Einkommenssituation der Arbeiter und Angestellten können nur erreicht werden, wenn die Lohnsteigerungen auf Kosten der Gewinne gehen! Solche Fortschritte werden aber nicht verschenkt. Sie müssen erkämpft werden!

Was haben wir Studenten mit Streiks zu tun?

Fast alle Kommilitonen haben eine Lehre oder ein Praktikum gemacht. Viele haben sich während dieser Zeit selbst an Arbeitskämpfen beteiligt und wissen, daß der Streik die stärkste Waffe der Werktätigen zur Durchsetzung ihrer Forderungen ist. Nach Beendigung des Studiums werden die meisten Ingenieure wieder Arbeitnehmer werden, viele in der Metallindustrie. Unser Einkommen und unsere Arbeitsbedingungen werden dann von den Tarifverträgen maßgeblich bestimmt sein. Wenn die Arbeiter heute für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage streiken, dann kämpfen sie auch für unsere Zukunft!

Wie können wir Studenten Streiks unterstützen?

Die Septemberstreiks 1969 haben gezeigt, daß Studenten bei Arbeitskämpfen vieles falsch machen können. Wir müssen daraus lernen und solche Fehler in Zukunft vermeiden:

1. Wir dürfen uns nicht als Streikbrecher betätigen!

Viele Studenten der Ingenieurschulen zwingt ihre schlechte wirtschaftliche Lage zu Nebenverdiensten. Während des Streiks werden die Unternehmer an diese Studenten herantreten und ihnen verlockende Angebote machen. Das gilt besonders für Kommilitonen mit Facharbeiterbrief. Solche Angebote müssen als Verrat an den Streikenden klar zurückgewiesen werden.

2. Wir dürfen keine abstrakten politischen Losungen in den Streik hineintragen!

Solche Parolen erwecken das Mißtrauen der Arbeiter und verstärken die Abneigung gegen die Studenten.

3. Wir dürfen uns nicht als Führer der Arbeiter aufführen!

Der richtige Weg ist die praktische Solidarität zwischen Arbeiter und Studenten:

1. Praktische Hilfeleistungen: Organisierung von Autos, Lautsprechern, Versammlungsräumen, Druck- und Abzugsmaschinen usw.

2. Praktische Solidarität: Unterstützung der Arbeiterforderungen durch Solidaritätskundgebungen, — klare Ablehnung aller Versuche, die Streikenden zu diffamieren — Unterstützung der Streiks ausländischer Arbeitnehmer — rechtzeitige und enge Kontaktaufnahme mit den Arbeitervertretern.

Lehren — Lernen — Repetieren
Leicht gemacht durch

DEMMIG – BÜCHER

Arithmetik und Algebra	DM 7,80
Differentialrechnung	DM 11,50
Integralrechnung	DM 6,70
Differentialgleichungen	DM 4,80
Statik starrer Körper	DM 11,50
Festigkeitslehre	DM 11,50
Dynamik des Massenpunktes	DM 7,80
Dynamik des Massenkörpers	DM 5,80
Einf. in die Vektorrechnung	DM 4,80
Vektorrechnung, Teil 1	DM 11,50
Vektorrechnung, Teil 2	DM 11,50

vermitteln grundlegende Kenntnisse in leicht faßlicher, prägnanter Darstellung.
Weitere Titel im Freiprospekt SVI. Bitte anfordern vom

DEMMIG VERLAG KG
61 Darmstadt — Postfach 324

Es ist eine Tatsache, daß in unserem Wirtschaftssystem zwischen den gesellschaftlichen Klassen der Arbeiter und der Unternehmer Widersprüche bestehen. Diese Widersprüche können nicht ausgeglichen werden, sondern müssen durch Kämpfe gelöst werden. Der Lohnkampf ist ein Beispiel hierfür. Im Lohnkampf ist der Streik ein legitimes Mittel der Werktätigen. Er ist ihnen vom Grundgesetz garantiert!

SVI-Bundesvorstand

Haltet auch nach Eurem Studium Kontakt zur Ingenieurschulpolitik durch „dji – der junge ingenieur"!

Hochschulreife für Absolventen der Ingenieurschulen und gleichrangigen Bildungseinrichtungen jetzt in allen Bundesländern und in Berlin West!

Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland hat in der 135. Plenarsitzung am 12./13. 3. 1970 folgende Empfehlung an die Länder beschlossen: „Alle Absolventen der Ingenieurschulen und gleichrangigen Bildungseinrichtungen, die in den Hochschulbereich einbezogen werden sollen, können an einer Hochschule studieren."

Dieser Empfehlung sind nun alle Bundesländer gefolgt. Der Erlaß des rheinland-pfälzischen Kultusministers trifft sinngemäß für die anderen Bundesländer zu. Es wird folgende Regelung getroffen:

1. Die Absolventen der staatlichen und sonstigen öffentlichen Ingenieurschulen, Höheren Wirtschaftsfachschulen und Werkkunstschulen sowie der staatlich anerkannten privaten höheren Fachschulen für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Rheinland-Pfalz können mit sofortiger Wirkung an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz **in allen Fächern** zum Studium zugelassen werden. Diese Regelung gilt als Feststellung der Gleichwertigkeit der Vorbildung im Verhältnis zur Reifeprüfung im Sinne der Vorschriften, die die Reifeprüfung als Voraussetzung für die Aufnahme in eine Hochschule oder für die Zulassung zu einer Prüfung fordern.

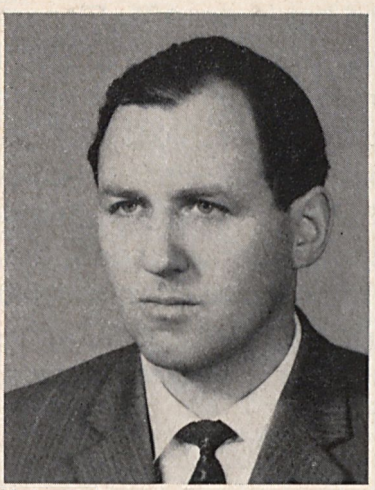
2. Die Absolventen der in Ziffer 1 genannten Bildungseinrichtungen in anderen Bundesländern stehen den rheinland-pfälzischen Absolventen gleich, wenn sie in dem Land, in dem sie die Abschlußprüfung abgelegt haben, ebenfalls die Berechtigung zum Hochschulstudium erhalten. In Zweifelsfällen entscheidet das Ministerium für Unterricht und Kultus.

3. Die Ordnung für die Zuerkennung der Hochschulreife an Absolventen der öffentlichen Ingenieurschulen des Landes Rheinland-Pfalz — Ordnung der Hochschulreifeprüfung an Ingenieurschulen wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Nähere Auskunft erteilen die Sekretariate der einzelnen Universitäten und Hochschulen sowie der SVI-Bundesvorstand auf Anfrage.

So urteilen Experten des technischen Zeichnens über den Tuschezeichner Castell-TG-m.

„Ihrem Castell-TG-m kann ich nur das beste Zeugnis ausstellen. Die Handhabung und die Bedienung des neuen Tuschefüllers sind ausgezeichnet, kein Eintrocknen oder Ausfließen der Tusche. Ferner finde ich es gut, daß man den Tuschestand am Tuschebehälter feststellen kann. Auch ist die Hygrokappe ein großes Plus."



Helmut Gauchert,
Techniker
7 Stuttgart-80,
Salzäckerstraße 34

Das ist nur eines von vielen Urteilen über den Tuschezeichner Castell-TG-m, die uns vorliegen:

Der Castell-TG-m ist eine echte Erleichterung für die tägliche Arbeit am Reißbrett.
Seine konstruktiven Vorteile sind überzeugend, seine Gebrauchsvorteile augenfällig.

Hören Sie auf den guten Rat vieler Ihrer Kollegen und arbeiten Sie mit dem Tuschezeichner Castell-TG-m.

Der Castell-TG-m ist lieferbar in Sortimentskästen mit 3, 4, 5 bzw. 8 Linienbreiten mit Zubehör sowie in verschiedenen, mit Reißzeugen kombinierten Arbeitsetuis.
Sie erhalten den TG-m in guten Fachgeschäften.

FABER-CASTELL

Castell-TG-m – mit dem blauen Hygro-Element.

T 3